

**die
schweizer
wirtschaft
2010**

Inhalt

«Einen kühlen Kopf bewahren.»

Interview mit Gerold Bühler und Pascal Gentinetta 1

Die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb 6

Wirtschaftspolitische Prioritäten

Allgemeine Wirtschaftspolitik 8

Aussenwirtschaft 9

Steuern 11

Finanzen 13

Bildung und Forschung 14

Wettbewerb 15

Regulatorisches 17

Infrastrukturen 18

Energie/Umwelt 20

Kommunikation 22

Über economiesuisse 23

Organisation

Mitglieder 26

Vorstandsausschuss 29

Vorstand 30

Permanente Kommissionen 33

Geschäftsführerausschuss 34

Geschäftsleitung 36

Geschäftsstellen 37

Nationale und internationale Kontakte 38

Aktivitäten 2009 39

Agenda 2010 44

Impressum

Diese Publikation erscheint in Deutsch und Französisch

Redaktion: Mirjam Matti, economiesuisse

Gestaltung und Produktion: Daniel Stähli, dast Visuelle Kommunikation, Zürich

Druck: Printlink AG, Zürich

Herausgabe: März 2010

© economiesuisse 2010



«Einen kühlen Kopf bewahren.»

Gerold Bühler und Pascal Gentinetta über die «historische Zäsur» des Jahres 2009 und deren Konsequenzen für die Marktwirtschaft.

Interview: Hanspeter Spörri

Wie wird man sich später einmal an das Jahr 2009 erinnern?

Gerold Bühler: Man nimmt das Wort «historisch» in der politischen Arena allzu oft in den Mund. Aber ich bin überzeugt: 2009 wird als historisches Jahr in die Wirtschaftsgeschichte eingehen. Es begann mit der Finanzkrise, einer Wertvernichtung in Rekordhöhe. Diese hat zum grössten Wirtschaftseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Politisch noch bedeutsamer ist aber die daraus entstandene Vertrauenskrise der Marktwirtschaft.

Da sehen Sie für *economiesuisse* ein Arbeitsfeld?

Pascal Gentinetta: Die Vertrauenskrise ist eine Tatsache. Unbestritten sind

auch die Exzesse, die sie verursachten. Dennoch sollten wir die Analyse nüchtern vornehmen. Die Gründe der Krise sind bei Weitem nicht alle in der Marktwirtschaft zu suchen. Es hat auch zahlreiche Fehlanreize in der Regulierung gegeben.

Sie sehen also mehr Regulierungs- als Marktversagen?

Gentinetta: Man findet beide Aspekte. Gerade darum müssen wir einen kühlen Kopf bewahren. Da sehe ich eine Aufgabe für unsere Organisation: Probleme auf den Tisch bringen, sie nicht verneinen oder verniedlichen, aber auch Lösungsansätze aufzeigen, die Diskussion also versachlichen.

Die Minder-Initiative will, dass die Aktionäre die Saläre des Verwaltungs-

rats und der Geschäftsleitung festlegen. Würde die Initiative damit der Bevölkerung nicht Gelegenheit bieten, ihrem Unmut über einzelne Exzesse Ausdruck zu geben?

Bühler: Zweifellos. Das Grundanliegen der Initiative – dass die Aktionäre in der Salärfrage stärkere Mitbestimmungsrechte erhalten sollen – teilen wir denn auch. Doch die Initiative weist Konstruktionsfehler auf, weil sie Aufgaben und Verantwortlichkeiten verwischt. Ihre Annahme würde zudem sämtliche börsenkotierte Schweizer Unternehmen und deren Aktionäre in ein zu starres Korsett zwingen. Das wäre ein Risiko für unseren Wirtschaftsstandort, insbesondere im hart umkämpften internationalen Standortwettbewerb. Vor diesem Hintergrund müssen sich Wirtschaft und Politik klar positio-



Gerold Bühler

ist seit 2007 Präsident von economie-suisse. Von 1991 bis 2007 war er Mitglied des Nationalrats und gleichzeitig in verschiedenen Kommissionen aktiv. Er verfügt über ein abgeschlossenes wirtschaftswissenschaftliches Studium an der Universität Zürich (lic. oec. publ.) und hat mehrere Verwaltungsratsmandate inne, unter anderem Swiss Life und Georg Fischer. Seit 2008 ist er Mitglied des Bankrats der Schweizerischen Nationalbank.

«Wir brauchen einen gemeinsamen Nenner von Werten.»

Gerold Bühler

nieren: Während die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten bleiben muss, brauchen wir auch einen minimalen gemeinsamen Nenner von Werten.

Sie propagieren die Rückkehr zu alten Tugenden?

Gentinetta: Es ist wichtig, dass Freiheit und Verantwortung als Werte gekoppelt bleiben. Das muss auch in der Unternehmensführung zum Ausdruck kommen. Wir sind da bei der Wurzel des Liberalismus. Dessen Grundsätze – geschriebene und ungeschriebene – sind zu respektieren. Und für den Staat gilt: Er soll auf Probleme nicht einfach mit mehr, sondern mit besserer Regulierung antworten. Die Gefahr einer regulatorischen Überreaktion ist real.

Wie hat sich das vergangene Jahr intern ausgewirkt? Sind bei economie-suisse manchmal die Fetzen geflogen? Unter den Verbandsmitgliedern gibt es ja mit Sicherheit unterschiedliche Interessen und Einschätzungen.

Gentinetta: Es liegt in der Natur der Sache, dass sich verschiedene Branchen und Unternehmen mit unterschiedlichen Perspektiven artikulieren. Es ist Aufgabe unseres Verbands, angesichts dieser Diversität eine Dialogkultur zu pflegen und gemeinsame Lösungen zu finden, die im Interesse des ganzen Wirtschaftsstandorts sind.

Bühler: Wir bilden die Klammer um Industrie, Dienstleistungs- und Finanzwirtschaft. Es ist das gemeinsame Bestreben, alles dafür zu tun, dass es nicht demnächst wieder zu Beinahezusammenbrüchen des Finanzsystems kommt. Über die Erhöhung der Sicherheit in der Finanzbranche, also des Eigenkapitalpuffers und des Liquiditätspuffers, ist man sich im Grundsatz einig. economie-suisse hat sich zudem schon vor Jahren, lange vor der Subprime-Krise, dafür ausgesprochen, die Anreizsysteme müssten langfristig orientiert sein und auch eine Malus-Komponente enthalten.

Gentinetta: Auch der Industriepplatz Schweiz hat kein Interesse an einer Überregulierung des Finanzsystems. Eine solche würde nur die Kredite unnötig verteuern und hätte direkte negative Auswirkungen auf die einzelnen Branchen.

Was heisst in diesem Zusammenhang «Überregulierung»?

Gentinetta: Es ist eine Urfunktion der Wirtschaftsverbände, gegen die Hydra der Überregulierung zu kämpfen. Nur ein Beispiel dafür war die Entwicklung beim neuen Lohnausweis, der ohne organisierten Gegendruck der Wirtschaft in den Betrieben einen riesigen zusätzlichen Aufwand verursacht hätte. Auch im Bereich der

Rechnungslegung können gut gemeinte Vorschriften allenfalls mehr Probleme verursachen als lösen.

Bühler: Die USA sind ein exzellentes Beispiel dafür, wie ein hoher Grad an Regulierung die Probleme oft nicht löst. Der Enron-Skandal, bei dem 2001 Bilanzfälschungen in grossem Ausmass aufgedeckt wurden, hat zum Sarbanes Oxley Act geführt. Einem Dickicht von Vorschriften im Bereich der Rechnungslegung und Revision. Aber diese Regulierung alleine ist nicht hinreichend und kann die Corporate Governance, die Überwachung der Unternehmen auf der Ebene der Verwaltungsräte und die ethischen Normen nicht ersetzen.

Da kann economie-suisse helfen?

Bühler: Die Corporate Governance ist eines unserer traditionellen Arbeitsfelder. Bereits 2002 haben wir den Swiss Code of Best Practice herausgegeben, 2007 haben wir einen Anhang mit zehn Empfehlungen zur Entschädigungspolitik verabschiedet, die auch von unseren Mitgliedern getragen werden. Darin sind sehr stringente Forderungen formuliert. Unter anderem wird optional eine Konsultativabstimmung unter den Aktionären über den Entschädigungsbericht postuliert. Inzwischen wird dies, gemessen an der Börsenkapitalisierung, von der Mehrheit der SMI-Gesellschaften so gehandhabt.

Versuchen wir den Blick in die Zukunft: Steigende Arbeitslosigkeit könnte zu wachsender Besorgnis im Publikum führen, zu sinkendem Konsum also.

Gentinetta: Nach 2008, dem annus horribilis für das Bankensystem, und 2009, dem annus horribilis der Exportwirtschaft, wird nun 2010 – wenn auch nicht im selben Ausmass – ein schwieriges Jahr für die Binnenwirtschaft. Es ist mit steigender Arbeitslosigkeit zu rechnen. Dies wird Auswirkungen auf den Konsum haben. Der Export dürfte sich aber erholen, das Bankensystem sich weiter stabilisieren. 2010 wird ein Jahr des Übergangs mit schwachem Wachstum. Zudem sind erhebliche Risiken vorhanden, wie eine riesige Überschussliquidität, die irgendwann

zurückgefahren werden muss. Ausserdem ist die öffentliche Verschuldung gewisser Länder immens. Die Konjunkturprogramme der anderen Staaten werden auch auslaufen. Hier hat die Schweiz insgesamt den kühleren Kopf bewahrt und gezielt agiert.

Die Schweiz wird jedoch weiterhin unter Druck stehen.

Bührer: Der internationale Druck wird hoch bleiben, weil viele Staaten mit gigantischen Verschuldungen zu kämpfen haben. Diese Staaten suchen intensiv nach Steuerquellen und sind dabei leider auch bereit, rechtspolitische Grundsätze über Bord zu werfen. Sie suchen mangels Reformwillen im Inland Sündenböcke vor allem im Ausland.

Da bietet sich die Schweiz an?

Bührer: Ja, auf dem Servierbrett! Weil wir die Krise finanzpolitisch gut gemeistert haben, steuerlich attraktiv geblieben sind und mit dem Bankkundengeheimnis einen besonderen Schutz der Privatsphäre kennen.

Man kann also nicht sehr wohlhabend und sehr beliebt sein?

Bührer: Ja, die Schweiz wird gefordert bleiben. Die konjunkturellen Unsicherheiten werden bestehen bleiben. Es ist nicht sicher, dass der weltweite Aufschwung anhält und selbsttragend wird. Dieses Umfeld schürt den Druck zusätzlich. Die Schweiz muss aber trotzdem ihre steuerpolitische Souveränität verteidigen – und der steuerlichen Attraktivität Sorge tragen. Zudem belastet uns der schwächere Euro.

Sie erhoffen sich eine deutlichere Intervention?

Bührer: Die Schweizerische Nationalbank hat im letzten Jahr bereits unkonventionell und entschlossen am Devisenmarkt interveniert, um eine starke Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro zu vermeiden. Die Unsicherheiten im Euroraum haben aber zugenommen. Deshalb bereitet mir dieses Risiko Kopfzerbrechen.

Der Steuerwettbewerb innerhalb der Schweiz ist immer noch im Gang. Die Kantone kommen aber finanziell unter Druck und benötigen Geld. Nun

kommt die Steuergerechtigkeits-Initiative zur Abstimmung, die eine gewisse Steuerharmonisierung erreichen will.

Gentinetta: Wir können zeigen, dass der Steuerwettbewerb der Schweiz grossen Wohlstand gebracht hat. Die Steuereinnahmen haben sich in den letzten 30 Jahren insbesondere in den Bereichen, in denen Steuerwettbewerb herrscht, versiebenfacht! Dieser interne Wettbewerb schafft die Voraussetzungen für die internationale Spitzenstellung der Schweiz. Die Kantone haben permanent einen Anreiz, ihre steuerliche Attraktivität sicherzustellen. Der Steuerwettbewerb bildet zudem einen Pfeiler des föderalistischen Systems: Zur Finanzautonomie gehört auch die Steuerautonomie der Kantone und Gemeinden. Das hat nicht nur Einfluss auf die Höhe der Steuerbelastung, sondern auch darauf, wie schonend mit Steuergeldern umgegangen wird.

Bührer: Wir könnten den Föderalismus natürlich theoretisch liquidieren und den Steuerwettbewerb ausschalten. Ich bin sicher: Innerhalb weniger Jahre hätten wir ein markant höheres Steuerniveau. Die Staatsausgaben würden deutlich stärker wachsen als die Volkswirtschaft. Auch das Fundament der sozialen Dimension würde geschwächt, weil wir an Wettbewerbsfähigkeit verlieren würden und die Steuerquellen dann nicht mehr so reichlich sprudelten.

«Die Gefahr einer regulatorischen Überreaktion ist real.»

Pascal Gentinetta

Pascal Gentinetta

ist seit dem 1. Oktober 2007 Vorsitzender der Geschäftsleitung von *economiesuisse*, wo er bereits seit 1999 für die Finanz- und Steuerpolitik verantwortlich war. Pascal Gentinetta studierte Wirtschafts- und Rechtswissenschaften an der Universität St. Gallen (HSG) und erwarb das Doktorat in Wirtschaftswissenschaften. Von 1996 bis 1999 arbeitete er als Ökonom für die Finanzierung von Infrastrukturgrossprojekten beim Eidgenössischen Finanzdepartement. Seit 2008 ist er Präsident der Energie-Agentur der Wirtschaft und Stiftungsratsmitglied des Klimarappens.



Die Schweiz hat also die Krise gut überstanden. Aber sie steht unter Druck. Was bedeutet das für die Europapolitik?

Gentinetta: Es ist unsere Aufgabe, in regelmässigen Abständen zu überlegen, welchen europapolitischen Kurs wir fahren sollen und Vor- und Nachteile jeder Option zu prüfen. Gegenwärtig ist klar, dass der bilaterale Weg optimal ist.

Aber er ist schwieriger geworden.

Gentinetta: Ja, das bestreite ich nicht. Aber die Isolation ist keine Option. Mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit würden auch alle anderen bilateralen Abkommen gekündigt. Für unser Land, dessen Wirtschaft zu einem Drittel von Europa abhängt, wäre das verheerend. Aber auch der EU-Beitritt hätte gravierende Folgen. Ich rede noch nicht einmal von den institutionellen Fragen, sondern von der Wirtschaftspolitik. Die Fiskalbelastung nähme massiv zu. Eine eigene Währungs- und Geldpolitik würde ver-

unmöglich. Höhere Zinsen würden die Investitionen verteuern. Wir müssten die höheren Zölle der EU übernehmen. Die arbeitsmarktrechtlichen Regulierungen in der EU sind deutlich starrer als in der Schweiz.

Bührer: Die Aussenwirtschaftspolitik von *economiesuisse* beruht nach wie vor auf einem Dreiklang: Neben dem bilateralen Weg mit der EU befürworten wir weitere Freihandelsabkommen mit aussereuropäischen Ländern. Und wir unterstützen den Bundesrat darin, die blockierte WTO-Doha-Runde wieder in Gang zu bringen.

Die innenpolitischen Diskussionen über den Freihandel werden sich intensivieren.

Bührer: Das aktuelle Umfeld ist leider generell nicht ideal für weitere Öffnungsschritte. Aber wir müssen uns nichtsdestotrotz langfristig ausrichten. Es gibt keine Alternative zu offenen Märkten. Im Agrarbereich sind wir deshalb der Meinung, dass die Gesprä-

che mit der EU fortgesetzt werden müssen. Ein solches Abkommen wird Vorteile haben für die Konsumenten. Verschiedene Landwirtschaftsprodukte werden günstiger. Es wird auch Vorteile geben für die Nahrungsmittel verarbeitende Industrie in der Schweiz und natürlich auch für die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze. Ein solches Abkommen wird aber den Strukturwandel in der Landwirtschaft beschleunigen. In der Übergangsperiode wird man es daher durch Überbrückungsleistungen begleiten müssen.

Sie wollen also versuchen, die landwirtschaftlich orientierte Bevölkerung mit an Bord zu holen?

Bührer: Ich bin mir bewusst, dass dies im gegenwärtigen Umfeld ein sehr schwieriges Unterfangen sein wird. Ich bin wie die Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements der Meinung, dass ein hindernisreicher Weg vor uns liegt. Unsere Aufgabe ist es, zusammen mit der Politik Aufklärungsarbeit zu leisten. Längerfristig bin ich zuversichtlich. Die Vorteile für die schweizerische Wirtschaft können nicht einfach vernachlässigt werden.

Was kann *economiesuisse* mit dieser Aufklärungsarbeit erreichen?

Bührer: Wir verfügen über sehr hohe Sachkompetenz und greifen auf eine geballte Ladung an wirtschaftlicher



«Regulierung kann ethische Normen nicht ersetzen.»

Gerold Bührer

Fronterfahrung zurück. Tatsächlich haben wir beinahe alle Abstimmungen gewonnen, bei denen wir die Kampagnenführung hatten, also bei wirtschaftsrelevanten Themen. Wir haben sie gewonnen, weil letztlich die Stimmberechtigten auf gute Argumente ansprechen.

Es stehen nun auch emotionale Auseinandersetzungen in finanzpolitischer und sozialpolitischer Hinsicht bevor.

Gentinetta: Sicher kann man feststellen, dass sich die Schuldenbremse bewährt hat. Die Schieflage der 90er-Jahre konnte dank der Schuldenbremse und ihrer konsequenten Anwendung korrigiert werden. Deshalb steht die Schweiz besser da als andere Länder. Wir müssen aber weiterhin mahnen: Der Bundeshaushalt ist zwar jetzt im Lot. Aber in den Sozialwerken gibt es strukturelle Defizite. Gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband haben wir deshalb vor anderthalb Jahren die Idee lanciert, die Schuldenbremse auch bei den Sozialwerken einzuführen. Eine Art Nachhaltigkeitsregel also. Eine solche hätte die Politik gezwungen, beispielsweise bei der Invalidenversicherung viel früher einzugreifen. Mit der Schuldenbremse kann man vermeiden, dass künftige Korrekturen schmerzhafter und teurer ausfallen.

Besteht nicht die Gefahr, dass die Verunsicherung dadurch verstärkt wird?

Bührer: Es ist unsere Aufgabe zu zeigen, wie unverantwortlich, wirtschaftlich und sozial schädlich überzogen hohe Schulden sind. Wir haben es berechnen lassen: In vielen Ländern werden in wenigen Jahren die Aufwendungen für den Zinsendienst 20 Prozent der Staatshaushalte ausmachen. Deswegen werden viele produktive und soziale Ausgaben – in Bildung und Forschung beispielsweise – nicht mehr zu finanzieren sein. Ein Staat könnte in dieser Situation versuchen, die Schulden auf dem Weg der Inflationierung zu reduzieren. Das würde aber gerade die unteren und mittleren Schichten massiv belasten und früher oder später ein Antiinflationprogramm mit hohen Zinsen nötig machen. Ich vermute, dass die finanzpolitische Sensibilität



der Schweizerinnen und Schweizer auch heute noch intakt ist. Wie 2001, als die Einführung der Schuldenbremse mit 84 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde.

Die Schuldenbremse könnte aber die Wirtschaftstätigkeit ebenfalls bremsen.

Gentinetta: Nicht so, wie sie in der Schweiz konzipiert ist. Im Jahr 2010 wird die Schuldenbremse ein Defizit von 2,5 Milliarden Franken erlauben. Das ist der sogenannte Konjunkturfaktor. Man kann darüber reden, wie hoch dieser sein soll. Aber es ist absolut zentral, dass über den Konjunkturzyklus hinweg Überschüsse die Defizite kompensieren. Sonst ist die Finanzpolitik nicht mehr nachhaltig.

Sie reden gern von Nachhaltigkeit. Das Wort kennt man vor allem aus umweltpolitischen Debatten.

Bührer: Ökonomische Gesetze lassen sich in der Umweltpolitik nicht ausblenden. Wir sind der Meinung, zur Erreichung ökologischer Ziele müsse sehr stark mit marktwirtschaftlichen Instrumenten gearbeitet werden. Es darf auch nicht sein, dass in Bereichen, die gegenwärtig populär sind, Ausgabenspiralen losgetreten werden. Die Schweiz ist mit ihrer Politik der Anreize gut gefahren. Die Industrie wird die Kyoto-Ziele übertreffen. Die Schweiz wird eines der wenigen Länder sein, die diese Ziele überhaupt erreichen. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt entlassen wir nur ungefähr ein Drittel so viel CO₂ in die Atmosphäre wie Deutschland, oder einen Fünftel so viel wie die USA. Wir wollen diese Spitzenposition verteidigen.

«Wir können zeigen, dass der Steuerwettbewerb der Schweiz grossen Wohlstand gebracht hat.»

Pascal Gentinetta

Die rasche Globalisierung und die Weltwirtschaftskrise haben den Standortwettbewerb verändert. Das hat auch Auswirkungen auf die Schweiz. Sie muss sich für einen härteren internationalen Standortwettbewerb rüsten.

Die rasche Globalisierung der Märkte hat den Standortwettbewerb grundlegend verändert. Das äussert sich nicht nur im Entstehen globaler Wertschöpfungsketten, sondern auch in einer grösseren Mobilität der Unternehmen. Der steigende Wettbewerbsdruck zwingt sie, ihren Standortmix immer wieder neu zu prüfen. Schliesslich investieren multinationale Unternehmen dort, wo sie die besten Rahmenbedingungen vorfinden. Demgegenüber sind kleine und mittlere Unternehmen weniger mobil, und eine Diversifikation der Standorte zahlt sich aufgrund ihrer Grösse häufig nicht aus. Für sie sind daher ausgezeichnete Standortfaktoren äusserst wichtig. Insgesamt bestimmen gute Standortbedingungen langfristig die Zahl und Qualität der Arbeitsplätze und damit den Wohlstand eines Landes.

Die Schweiz belegt erfreulicherweise den ersten Platz im Global Competitiveness Report 2009–2010 des World Economic Forums und im European Reform Barometer von Businesseurope vom Frühling 2010. Dies zeigt die aktuell gute Standortattraktivität unseres Landes. Die Erfolge, auf die unser Land bei solchen Rankings schauen kann, sind aber das Resultat der Vergangenheit. Es wäre daher völlig falsch, sich auf den Lorbeeren ausruhen zu wollen. Durch die starke Wirkungsverzögerung in der Standortpolitik werden die heutigen Massnahmen darüber entscheiden, ob die Schweiz in drei bis fünf Jahren noch immer eine der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt ist. Die nötigen Massnahmen müssen jetzt eingeleitet werden. Dies ist umso wichtiger, als dass die zehn führenden Nationen im Standortwettbewerb in den letzten Jahren deutlich näher zusammengedrückt sind. Die Konkurrenz holt massiv auf und wirbt aktiver denn

Rangliste des Global Competitiveness Index 2009–2010

	2009	Punkte	2008
Schweiz	1	5.60	2
USA	2	5.59	1
Singapur	3	5.55	5
Schweden	4	5.51	4
Dänemark	5	5.46	3
Finnland	6	5.43	6
Deutschland	7	5.37	7
Japan	8	5.37	9
Kanada	9	5.33	10
Niederlande	10	5.32	8

Quelle: The Global Competitiveness Report 2009–2010.
© 2009 World Economic Forum

je. Ein erstes Warnzeichen ist in der Studie von SwissHoldings vom November 2009 festzustellen: 30 Prozent der befragten multinationalen Unternehmen stellen fest, dass sich der Headquarter-Standort Schweiz in den letzten fünf Jahren verschlechtert hat. Dieses Signal muss die Schweiz sehr ernst nehmen. Denn mit einem Anteil von 34 Prozent am BIP sind internationale Firmen für die Schweizer Wirtschaft von grosser Bedeutung.

Der internationale Standortwettbewerb wird sich durch die Weltwirtschaftskrise weiter verschärfen. Die umfangreichen Staatsinterventionen erhöhen die Verschuldung vieler Industriestaaten in besorgniserregendem Umfang. Viele Länder werden in Zukunft ihre Steuern erhöhen oder die Staatsausgaben senken müssen, um die Verschuldung unter Kontrolle zu bringen. Der Schweizer Standort steht dank der vergleichsweise tiefen Staatsverschuldung sehr gut da: Die Unternehmen müssen in

der Zukunft nicht mit Steuererhöhungen rechnen. Es ist daher davon auszugehen, dass der internationale Druck auf die Schweiz in Steuerangelegenheiten eher zu- als abnehmen wird. Die umfangreichen Konjunkturprogramme gehen in einigen Ländern auch einher mit einer interventionistischen und protektionistischen Industriepolitik, die zu Wettbewerbsverzerrungen und Ineffizienzen führt.

Die Schweiz hat die Chance und das Potenzial, gestärkt aus dem internationalen Standortwettbewerb hervorzugehen. Sie braucht aber eine nachhaltige und langfristige Standortpolitik, die auf fünf bis zehn Jahre ausgerichtet ist. Nur so kann sie weiterhin einen Spitzenplatz einnehmen.

Bereits stehen verschiedene Massnahmen zur Verbesserung der Standortqualität der Schweiz an. Diese sind im Detail in den folgenden Kapiteln beschrieben. Für economistesuisse ist klar, dass die Weichen früh gestellt werden müssen, um langfristig erfolgreich zu bleiben.

Übersicht der spezifischen Massnahmen zur Sicherung der Schweizer Standortqualität

Bereich	Globale Trends	Forderungen der Wirtschaft
Aussenwirtschaft	Zunahme protektionistischer Massnahmen.	▶ Fortführen des bewährten bilateralen Wegs mit der EU. Abschliessen von umfassenden Freihandelsabkommen mit China, Indien und Russland.
Steuern	Internationaler Standortwettbewerb und steuerlicher Harmonisierungsdruck in Europa.	▶ Autonome Steuerreformen zur Sicherstellung eines attraktiven Steuerumfelds. Bewährten Schweizer Steuerföderalismus erhalten.
Finanzen	Hohe Defizite und explodierende Staatsverschuldung beschränken Handlungsspielraum vieler Industriestaaten.	▶ Schuldenbremse auf Sozialwerke ausdehnen.
Bildung	Zugang zu hoch qualifizierten Mitarbeitenden ist essenziell für die Ansiedlung von Unternehmen.	▶ Geplantes Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) auf Exzellenz und Wettbewerb ausrichten.
Wettbewerb	Sanktionen bei kartellrechtlichen Verstössen werden verschärft.	▶ Rechtssicherheit verbessern und bei der Sanktionsbemessung eine stärkere Ausrichtung am Verschuldensprinzip.
Gesundheit	Die öffentliche Finanzierung des Gesundheitssektors stösst immer mehr an ihre Grenzen.	▶ Reformen angehen, die private Initiativen fördern und Raum für Innovation lassen.
Regulatorisches	Zunahme der Regulierung im Unternehmensrecht.	▶ Unternehmensrecht muss flexibel und international konkurrenzfähig bleiben.
Infrastruktur	Schwellenländer bauen neue Infrastrukturen und verstärken den Standortwettbewerb.	▶ Marktöffnungen und Public Private Partnerships anstreben zum Erhalt und Ausbau der Schweizer Infrastrukturen.
Energie	Zunehmend ungenügende Stromproduktion reduziert die Versorgungssicherheit in Europa.	▶ Versorgungssicherheit durch den Bau von Grosskraftwerken erhalten und Ausbau des Stromhandels.
Umwelt	Trotz zunehmender internationaler Akzeptanz des Klimaschutzes bleiben global gültige Reduktionsziele unwahrscheinlich.	▶ Neben staatlichen Massnahmen ist genügend Raum für private Initiativen vorzusehen.

Gerings Wachstum – Risiken bleiben. Der Rückgang der wirtschaftlichen Leistungen in der Schweiz fällt weniger stark aus als in anderen industrialisierten Ländern.



Rudolf Minsch

Der promovierte Ökonom ist Mitglied der Geschäftsleitung und Chefökonom von economiesuisse. Er leitet den Bereich Allgemeine Wirtschaftspolitik und Bildung. Rudolf Minsch ist zudem für die Weiterentwicklung des volkswirtschaftlichen Simulationsmodells SwissSim im Rahmen der Weiterbildungsstufe der Universität St. Gallen verantwortlich und ist dort auch als Referent tätig. Darüber hinaus wirkt Rudolf Minsch als Gastprofessor für Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Chur.

Die Schweizer Wirtschaft erlebte im Laufe des Jahres 2009 eine sehr zwiespältige Entwicklung: Einerseits führte die Weltwirtschaftskrise zu teilweise dramatischen Umsatzeinbussen bei der Schweizer Exportwirtschaft. Für sie war 2009 ein eigentliches annus horribilis. Andererseits war die Binnenwirtschaft noch kaum betroffen. Besonders der private Konsum erwies sich als eigentliche Konjunkturstütze. Der Rückgang der wirtschaftlichen Leistungen in der Schweiz fällt deshalb mit rund zwei Prozent deutlich weniger stark aus als in vielen anderen industrialisierten Ländern.

Ausblick für 2010

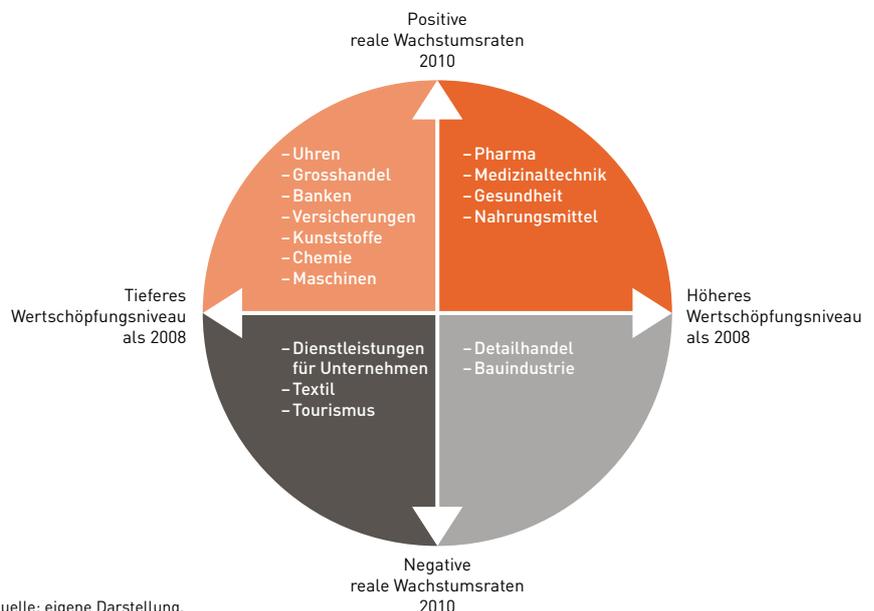
economiesuisse geht davon aus, dass auch 2010 nicht einfach werden wird. Die Aussichten für die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft haben sich zwar gegen Ende 2009 sukzessive verbessert. Ein rascher Wiederaufschwung auf Vorkrisenniveau ist aber

«Ein rascher Wiederaufschwung auf Vorkrisenniveau ist nicht zu erwarten.»

nicht zu erwarten. In zentralen Märkten für die Schweizer Exportwirtschaft entsteht im laufenden Jahr voraussichtlich keine solide wirtschaftliche Dynamik. Lediglich einige Schwellenländer, vor allem China und Indien, werden auch 2010 eine starke Wachstumsdynamik aufweisen.

Die unterschiedliche Entwicklung von Binnenmarkt und Exportwirtschaft setzt sich mit umgekehrten Vorzeichen auch 2010 fort. Die Wertschöpfung der binnenwirtschaftsorientierten Sektoren geht in diesem Jahr zurück. Auch

Unterschiedliche Branchenentwicklung 2010



Quelle: eigene Darstellung.

Die Schweizer Wirtschaft behauptet sich im globalen Wettbewerb.

Für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ist der ungehinderte Marktzugang von zentraler Bedeutung.

der private Konsum wird im Jahr 2010 keine Stütze der Konjunktur mehr sein.

Grosse Risiken für die konjunkturelle Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung ist im laufenden Jahr mit grossen Risiken behaftet. So besteht in der Schweiz ein erhebliches Wechselkursrisiko. Zudem drohen neue Blasen, wenn die weltweite Überschussliquidität im Markt nicht bald zurückgeführt wird. Eine zusätzliche Gefahr ist die weiterhin nicht gewährleistete Stabilität im internationalen Finanzsystem.



Jan Atteslander

ist Mitglied der Geschäftsleitung und leitet den Bereich Aussenwirtschaft. In seiner Funktion vertritt der Berner Ökonom *economiesuisse* in der Expertengruppe Zahlungsbilanz der Schweizerischen Nationalbank. Er ist national wie international bei ICC aktiv, CoChair des «Committee on Multinational Enterprises and International Investment» des BIAC sowie Mitglied im EFTA Consultative Committee.

Langfristige Wachstumspolitik in den Vordergrund

Zur Steigerung der Standortqualität:

► Die Schweiz reagierte mit moderaten diskretionären Massnahmen (zusätzliche Staatsausgaben und Steuererleichterungen) auf die Krise. Durch das stufenweise Vorgehen wurde verhindert, dass überbordende Konjunkturprogramme zu einem bedeutenden Anstieg der Staatsverschuldung führten. Die Schweiz profitiert als Unternehmensstandort, da hierzulande nicht mit einer stark steigenden Steuerbelastung gerechnet werden muss.

► *economiesuisse* fordert, dass die Wirtschaftspolitik nun wieder die langfristige Wachstumspolitik in den Vordergrund rückt und alles daran setzt, die Standortattraktivität der Schweiz generell zu erhalten und gezielt zu verbessern.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat den Welthandel stark getroffen. Hat sich das globale Handelsvolumen seit 1980 von rund 2000 Milliarden Dollar bis ins Jahr 2008 versiebenfacht, ist es im Jahr 2009 um rund zwölf Prozent gesunken. Die Schweiz blieb als international ausgerichtete Volkswirtschaft nicht verschont. Insgesamt fiel das Exportvolumen 26 Milliarden Franken tiefer als im Jahr 2008 aus.

Multilaterales Regelwerk festigen

Als kleine, stark exportorientierte Wirtschaft ist die Schweiz auf eine vertraglich abgesicherte Öffnung der Absatzmärkte und stabile Rahmenbedingungen angewiesen. Protektionistische Massnahmen drohen den Nutzen der Liberalisierung zu mindern und die weltwirtschaftliche Erholung zu verzögern. Im Kampf gegen diese Entwicklung nimmt die Welthandelsorganisation WTO eine zentrale Rolle ein. Die Handelsminister sind aufgefordert, sich konstruktiv für einen raschen Abschluss der Doha-Runde einzusetzen. Dadurch würde einerseits ein zusätzliches Wachstum der Weltwirtschaft von mehreren Hundert Milliarden Dollar generiert und andererseits ein klares Signal gegen protektionistische Tendenzen ausgesandt.

Freihandelsabkommen mit ausser-europäischen Partnern ausbauen

Parallel zu den Bestrebungen auf multilateraler Ebene bieten bilaterale und regionale Freihandelsabkommen die beste Möglichkeit, Interessen der Schweizer Unternehmen bei Handel und Direktinvestitionen zu sichern. Das bestehende Netz von Abkommen, das im Jahr 2009 um die beiden wichtigen Partner Japan und Kanada ergänzt worden ist, gilt es zu pflegen und auszubauen. Im Vordergrund stehen der Abschluss von Freihandelsabkommen mit

Indien und der Ukraine sowie die Aufnahme von Verhandlungen mit China und Russland. Hochkarätige Delegationen von *economiesuisse* bekräftigten diese Absicht an Treffen mit dem russischen Präsidenten Medwedew im September 2009 und mit dem chinesischen Vizeministerpräsidenten Li Keqiang im Januar 2010.

Bilaterale Abkommen mit der EU gezielt nutzen

Das bestehende bilaterale Vertragswerk, insbesondere das Abkommen über die Personenfreizügigkeit, hat sich bis jetzt sehr gut bewährt. Unter Wahrung klar definierter Kriterien unterstützt die Wirtschaft bilaterale Verhandlungen im Agrarbereich, beim Chemikalienrecht und beim Stromhandel. Ein freier Handel von Agrargütern und Lebensmitteln dürfte in der Schweiz dank Effizienzsteigerungen und Exportchancen einen Wachstumsschub von rund zwei Milliarden Franken auslösen. Im Bereich der Finanzdienstleistungen bestehen nach wie vor Hürden im gegenseitigen Marktzugang. Hier gilt es zu prüfen, wie diese reduziert werden können. Ein wichtiger Schritt im Bereich des Zollwesens war die Unterzeichnung des Abkommens über Zollerleichterungen und Zollsicherheit mit der EU, dank dem eine Vorausanmeldepflicht im Warenverkehr mit der EU verhindert wurde.

«Die Verfolgung und Verwirklichung ausenwirtschaftlicher Interessen muss das zentrale Element der Aussenpolitik sein.»

Wichtigste Handelspartner der EU-27 – nicht saisonbereinigte Daten, Januar bis November 2009 In Milliarden Euro

	Ausfuhren nach	Einfuhren aus
USA	187,6	146,8
Schweiz	81,0	67,5
China	73,7	196,8
Russland	59,9	103,9
Türkei	39,8	33,2
Norwegen	34,5	62,9
Japan	32,7	51,1
Indien	24,5	23,4
Südkorea	19,4	29,6
Brasilien	19,3	23,5

Quelle: eurostat.

Bedeutung der Aussenwirtschaftspolitik in der Aussenpolitik

Die jüngsten Entwicklungen haben deutlich gezeigt, dass die Schweiz die Aussenwirtschaftspolitik stärker gewichten muss. Die Verfolgung und Verwirklichung ausenwirtschaftlicher Interessen muss das zentrale Element der Aussenpolitik sein. Die institutionellen Strukturen sind dahingehend zu überprüfen, ob sie zur Durchsetzung unserer Interessen auf der internationalen Ebene noch zielführend sind.

Bilateraler Weg und Freihandelsabkommen

Zur Steigerung der Standortqualität:

► Die Schweiz und die EU sind wirtschaftlich eng vernetzt. Beide haben ein strategisches Interesse an offenen Märkten und stabilen Rahmenbedingungen. Der bilaterale Weg hat sich sehr gut bewährt und ist in einzelnen Bereichen gezielt auszubauen. Die Wirtschaft unterstützt unter anderem die Verhandlungen im Agrarbereich oder beim Stromhandel.

► International tätige Unternehmen brauchen ein enges Netz von guten Freihandelsabkommen. Dies betrifft global aufgestellte grosse multinationale Unternehmen ebenso wie exportorientierte KMU. Freihandelsabkommen sind wichtige Standortfaktoren, um in Auslandsmärkten die Diskriminierung von Schweizer Unternehmen gegenüber der Konkurrenz aus Drittstaaten zu verhindern.

Der Steuerwettbewerb als Garant für Attraktivität.

In Zeiten hoher internationaler Defizite ist der unter Druck geratene wettbewerbsfähige Steuerstandort entschieden zu verteidigen.



Christoph Schaltegger

Der promovierte und habilitierte Ökonom ist Mitglied der Geschäftsleitung und leitet den Bereich Finanz- und Steuerpolitik. Christoph Schaltegger ist ausserdem Lehrbeauftragter an verschiedenen Schweizer Universitäten.

Angesichts des internationalen Trends, auf steigende öffentliche Defizite mit Steuererhöhungen reagieren zu wollen, stellt die Bewahrung eines attraktiven Steuerstandorts mit einem wachstumsfreundlichen Steuersystem eine besondere Herausforderung dar. Ein wesentlicher Faktor, der der Schweiz geholfen hat, eine im internationalen Vergleich gute Position im Steuerbereich einzunehmen, ist der interkantonale Steuerwettbewerb. Dieser wird in der politischen Debatte immer wieder in Frage gestellt. Aktuell durch die Steuerharmonisierungs-Initiative der SP. *economiesuisse* setzt sich für die dezidierte Bekämpfung dieses Anliegens ein, das letztlich eine Steuererhöhung für alle zur Folge hätte. Der bewährte Schweizer Steuerföderalismus, der die Kantone dazu motiviert, eine gute Kombination von öffentlichen Leistungen bei einer möglichst geringen fiskalischen Belastung anzubieten, würde in einschneidender Form be-

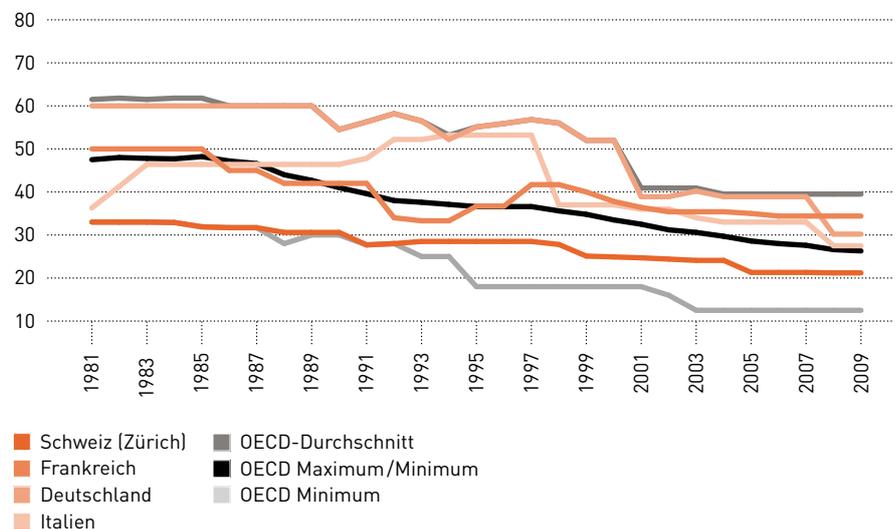
«Der bewährte Schweizer Steuerföderalismus motiviert die Kantone, eine gute Kombination von öffentlichen Leistungen bei einer möglichst geringen fiskalischen Belastung anzubieten.»

schränkt. Ein «race to the bottom» beim Angebot öffentlicher Leistungen und bei den Einnahmen findet nachweislich in der Schweiz nicht statt. Jede materielle Steuerharmonisierung würde der Schweiz schaden.

Der Steuerwettbewerb und generell das schweizerische Steuersystem sind im Zuge der Wirtschaftskrise auch international weiter unter Druck geraten. Dies äusserte sich 2009 vorab in den Auseinandersetzungen um die Amtshilfe bei

Die Wirkung des Steuerwettbewerbs im Zeitablauf

Steuersatz auf Unternehmensgewinne in Prozent



Quelle: OECD Tax Database (2009): Taxation of Corporate and Capital Income.

Steuerhinterziehung. economiesuisse unterstützt den vom Bundesrat eingeschlagenen Weg, den OECD-Standard in neuen Doppelbesteuerungsabkommen umzusetzen. Die Neuverhandlungen müssen genutzt werden, um im Gegenzug für die ausgeweitete Amtshilfe verbesserte Bedingungen für Schweizer Unternehmen in anderer Hinsicht zu fordern. Der Schutz der Privatsphäre ist dank dem Bankkundengeheimnis nach wie vor hochzuhalten. Einem automatischen Informationsaustausch ist daher eine klare Abfuhr zu erteilen. Auf dem Feld der Unternehmensbesteuerung unterstützt economiesuisse das Bestreben des Bundesrats, durch eine autonome Steuerreform die Schweiz als Standort für internationale Unternehmen attraktiv zu erhalten. Wo Standorthürden ausserhalb von Gesetzesrevisionen rasch beseitigt werden können, sind auch diese Möglichkeiten konsequent zu nutzen. Die Anpassung von Verordnungen (Stempelabgabe und Verrechnungssteuer) zur Förderung der Konzernfinanzierung bietet ein Beispiel für ein solches Vorgehen.

Nicht nur bei der Unternehmensbesteuerung, sondern auch bei der Besteuerung natürlicher Personen muss es das Ziel sein, das System möglichst attraktiv zu gestalten, da dies zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts beiträgt. Ein Fortschritt wurde in dieser Hinsicht beim jährlichen Ausgleich der kalten Progression erzielt. Weiter ist die Verabschiedung des Mehrwertsteuergesetzes, das von economiesuisse stark unterstützt wurde, zu begrüssen. Das Gesetz bringt im technischen Bereich für alle Unternehmen zahlreiche Entlastungen und spürbar mehr Rechtssicherheit. economiesuisse setzt sich nach wie vor für die Schaffung eines einheitlichen Mehrwertsteuersatzes und die Aufhebung der meisten Steuerausnahmen ein. Dies dient einer konsequenten Vereinfachung der heute ergiebigsten Steuer des Bundes.

Autonome Steuerreform und Steuerföderalismus

Zur Steigerung der Standortqualität:

- ▶ Das Steuersystem ist mit ausschlaggebend für die Standortwahl internationaler Unternehmen. economiesuisse unterstützt das Ziel des Bundesrats, die Schweiz durch eine autonome Steuerreform als Unternehmensstandort konkurrenzfähig zu erhalten. Zielgruppen sind mobile internationale Unternehmen, aber auch die binnenorientierte Wirtschaft, namentlich die KMU.
- ▶ Weiter stellt der Steuerföderalismus einen Garanten für ein attraktives Steuersystem dar. Vorstösse zur Einschränkung des Steuerwettbewerbs werden daher bekämpft.

Umsicht in Zeiten der Krise. Die Schweizer Politik hat der Versuchung von gross angelegten Fiskalimpulsen zur Ankurbelung der Konjunktur widerstanden. Die Rückkehr zu einer nachhaltigen Finanzpolitik verlangt nun aber eine konsequente Aufgabenüberprüfung.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise stellt die Schweiz, wie andere Industrieländer, vor grosse finanzpolitische Herausforderungen. Erfreulicherweise haben Bundesrat und Parlament der Versuchung widerstanden, mit fiskalpolitischem Aktionismus den Nachfrageeinbruch kompensieren zu wollen. Im Wissen um die bescheidenen bis kontraproduktiven Wirkungen, die solche Fiskalimpulse in einer kleinen offenen Volkswirtschaft zeitigen, entschied sich die Politik im Rahmen eines stufenweisen Vorgehens für ein insgesamt beschränktes Impulsprogramm. Dies auch im Wissen um die automatischen Stabilisatoren (z.B. Arbeitslosenversicherung). Die Vorgaben der Schuldenbremse wurden nicht überschritten.

Lohnende Zurückhaltung

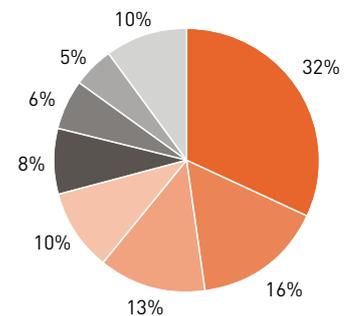
Diese fiskalpolitische Zurückhaltung wird sich in den kommenden Jahren auszahlen, denn im Nachgang der Kri-

se wird die Staatsverschuldung in allen Industrieländern zu einer erheblichen Belastung für die Volkswirtschaft werden. Die Schweiz wird hier im Vergleich zu anderen OECD-Ländern in einer günstigeren Ausgangslage sein. Finanzpolitische Herausforderungen bestehen aber auch hierzulande. Um auf Bundesstufe die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten und neue Milliardendefizite zu vermeiden, sind in den nächsten Jahren Anpassungen beim Budget erforderlich. Bevorstehende Konsolidierungsprogramme sind zügig und ausgabenseitig anzugehen. Mittel- und langfristig müssen die Ausgaben des Bundes auf ein tiefes Wachstum zurückgeführt werden, das wieder Spielräume eröffnet. Strukturreformen, wie sie der Bundesrat im Reformprojekt der Aufgabenüberprüfung seit Längerem plant, sind dazu unabdingbar. Weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen sind dagegen abzulehnen, um die fiskalische Zielsetzung der Wirtschaft tief zu halten.

Der Kern des Problems besteht darin, dass die Ausgaben des Bundes in vielen Bereichen, besonders in der Sozialen Wohlfahrt und bei der obligatorischen Krankenversicherung, gesetzlich festgelegt sind. Sie unterliegen Entwicklungen, die kurzfristig nicht beeinflusst werden können. So ist der Anteil der Bundesausgaben für die Soziale Wohlfahrt seit 1990 bis heute von 22 auf 32

Struktur der Bundesausgaben

Anteile der Aufgabenbereiche in Prozent 2010



Total 60,5 Mrd. Franken

- Soziale Wohlfahrt
- Finanzen und Steuern
- Verkehr
- Bildung und Forschung
- Landesverteidigung
- Landwirtschaft
- Beziehungen zum Ausland
- Übrige Ausgaben

Quelle: EFV.

Prozent gestiegen und ein Ende des Anstiegs ist nicht absehbar. Um zu verhindern, dass der stetige Anstieg der Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt die übrige Staatstätigkeit immer weiter verdrängt, müssen strukturelle Reformen frühzeitig in die Wege geleitet werden. Und die Idee einer Nachhaltigkeitsregel, einer Schuldenbremse für die Sozialversicherungen, ist konsequent umzusetzen.

Schuldenbremse auf Sozialwerke ausdehnen

Zur Steigerung der Standortqualität:

► Nachhaltigkeit in den öffentlichen Finanzen ist ein wesentlicher Faktor für die Standortqualität. Die Ausgaben der öffentlichen Hand einschliesslich der Sozialversicherungen müssen ohne Zusatzeinnahmen finanzierbar sein.

► Die Schuldenbremse verhindert zwar bereits heute neue strukturelle Defizite, aber sie muss zusätzlich auf die Sozialwerke übertragen werden. Sonst verdrängen die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt mit der Zeit immer mehr die übrigen Staatsfunktionen, etwa in den Bereichen Infrastruktur oder Bildung.

«Die fiskalpolitische Zurückhaltung wird sich in den kommenden Jahren auszahlen.»

Die Schweiz muss ihre Standortattraktivität erhalten. In der Bildung, mit hoch qualifizierten Arbeitskräften und umfassenden Forschungsmöglichkeiten.

Bildungspolitisch hat die Schweiz ein ereignisreiches Jahr hinter sich. Zwei fundamentale Reformen standen 2009 im Mittelpunkt. Auf Volksschulstufe waren die Grundlagen für eine detaillierte Ausarbeitung des deutschschweizerischen Lehrplans (Lehrplan 21) in der Vernehmlassung. *economiesuisse* ist mit dem Konzept grundsätzlich einverstanden, sieht aber Schwachstellen. So sollte frühzeitig der Schwerpunkt auf die sogenannten «harten» Fächer wie Mathematik und Naturwissenschaften gesetzt werden. Die Lernziele müssen sich an den höchsten Niveaus orientieren. Durch die Bestimmung derjenigen

HFKG auf Exzellenz und Wettbewerb ausrichten

Zur Steigerung der Standortqualität:

- Bildung, hoch qualifizierte Arbeitskräfte sowie umfassende Forschungsmöglichkeiten bestimmen die Standortattraktivität der Schweiz. Transparenz und Vergleichbarkeit stehen im Zentrum unserer Bildungspolitik.
- Auf Hochschulebene fordert *economiesuisse* ein verbessertes Hochschulgesetz (HFKG), sodass Exzellenz, Autonomie und Marktorientierung im Vordergrund stehen. Für die Forschung sind die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Innovation in erhöhtem Masse entstehen kann. Attraktive Unternehmensbedingungen, effiziente staatliche Förderprogramme, ein liberales Ausländerrecht und gesellschaftliche Offenheit sind gefordert.
- Nur wenn die hohen Innovationsleistungen der Wirtschaft anhalten, kann die Schweiz ihren Wohlstand halten.

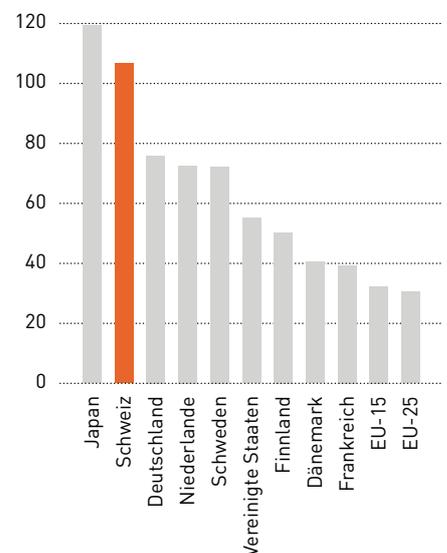
Kantone, die die Ziele besonders gut erreichen, kann periodisch eine Art «best practice» vorgeschlagen werden, die den «schwächeren» Kantonen als Orientierung dient.

Das duale Bildungssystem ist eine grosse Stärke der Schweiz. Es entspricht sowohl den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes als auch der jungen Menschen und sorgt für eine im internationalen Vergleich tiefe Jugendarbeitslosigkeit. Das Modell ist keineswegs ein Auslaufmodell und darf nicht durch eine unbedachte Erhöhung der Maturaquote gefährdet werden.

Auf Hochschulebene war der vorgeschlagene Gesetzesentwurf über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) im Fokus. Das Gesetz hat einige positive Punkte, etwa die Kostentransparenz oder die einheitliche Qualitätssicherung. Auch wird die organisatorische Komplexität reduziert. Dennoch ist die Vorlage in weiten Teilen ungenügend. So ist bei der Verteilung der Gelder aus Bundesbern die Stellung der Kantone gegenüber dem Bund zu dominierend. Zusätzlich werden die Gelder zum grossen Teil anhand von Kostenkriterien anstatt der Exzellenz verteilt. Klasse statt Masse, Autonomie und Marktorientierung stehen bei der Vorlage nicht im Vordergrund.

«Klasse statt Masse, Autonomie und Marktorientierung müssen im Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz im Vordergrund stehen.»

Triadische Patentfamilien¹ im internationalen Vergleich, 2005
Pro Million Einwohner



¹ Eine Patentfamilie setzt sich aus sämtlichen in verschiedenen Ländern angemeldeten Patenten zum Schutz ein und derselben Erfindung zusammen.

Quelle: OECD, MSTI-Datenbank. Division STI/EAS, Paris, Mai 2007.

Entsprechend hat *economiesuisse* den Entwurf zurückgewiesen.

Schliesslich war die Teilrevision des Forschungsgesetzes ein wichtiges Traktandum. Mit ihr wird die Innovationsförderung in der Schweiz auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt. Insbesondere die geplante Unabhängigkeit der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) ist aus Sicht der Wirtschaft zu begrüßen. Die von *economiesuisse* angebrachten Forderungen wurden dabei in hohem Mass umgesetzt. Die schweizerische Innovationsförderung baut auf eine hohe Beteiligung der Privatwirtschaft. An diesem Prinzip muss unbedingt festgehalten werden.

Wettbewerb und offene Märkte stützen die Marktwirtschaft. Die Rechtssicherheit ist zu verbessern.



Thomas Pletscher

ist Jurist und seit 1988 Mitglied der Geschäftsleitung von economiesuisse (vormals Vorort). Er leitet den Bereich Wettbewerb und Regulatorisches. Zuvor war er in der Revision, bei einer Bank, in einem Handelsunternehmen und der Exportförderung tätig. Auf nationaler Ebene ist er Mitglied der Wettbewerbskommission. Er führt als Generalsekretär ICC Switzerland und als Focal Point das Schweizer Netzwerk der UN Global Compact.

Revision des Schweizer Kartellgesetzes

Der Bundesrat beauftragte das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement, konkrete Vorschläge für eine Anpassung des Kartellgesetzes auszuarbeiten. economiesuisse hat in der Studie «Unternehmen im Wettbewerb» vom März 2009 und namentlich in den «wettbewerbspolitischen Grundsätzen» vom 22. Oktober 2007 den entsprechenden Handlungsbedarf dargelegt. economiesuisse fordert bei kartellrechtlichen Verfahren verbesserte Rechtssicherheit und bei der Sanktionsbemessung eine stärkere Ausrichtung am Verschuldensprinzip. Gleiche Anliegen machen auch BusinessEurope gegenüber der EU-Kommission, BIAC gegenüber der OECD und die Internationale Handelskammer ICC auf internationaler Ebene geltend.

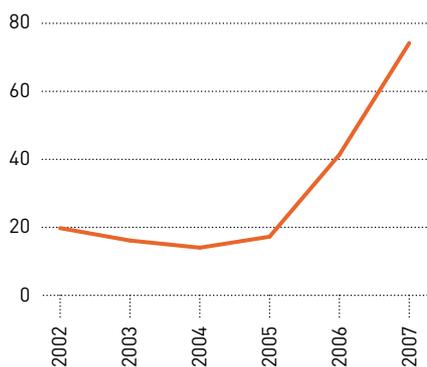
In Bezug auf die wettbewerbspolitischen Institutionen ist eine stärkere Unabhängigkeit der Wettbewerbskommission (WEKO) notwendig, gerade im Hinblick auf die diskutierte Einführung von Sanktionen auch für natürliche

Personen. In der Schweiz werfen vor allem die Aufgabenteilung und das Zusammenspiel zwischen dem untersuchenden WEKO-Sekretariat und der entscheidenden Wettbewerbskommission sowie die Einbindung der WEKO in die Politik und in die Verwaltung Fragen auf. Nicht infrage gestellt werden darf hingegen der Einbezug von Praktikern. Im Sinne einer gesamtheitlichen und effektiven Wettbewerbspolitik sollte auch die Zusammenfassung mit weiteren Behörden mit wettbewerbspolitischen Aufgaben ausdrücklich geprüft werden.

Wettbewerb auf dem Binnenmarkt stärken

Zur Stärkung des Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt gehört die weitere Liberalisierung und Entschlackung des öffentlichen Beschaffungswesens. Die Revision der entsprechenden Bundesverordnung kann nur ein erster Schritt sein. Weitere Schritte in Richtung von mehr Transparenz, Wettbewerb, Gleichbehandlung und Effizienz müssen folgen. Eine möglichst weitgehende Harmonisierung auch mit den Kantonen sowie eine verbesserte KMU- und Miliztauglichkeit sind notwendig. Die öffentliche Hand darf ihre Nachfragemacht nicht dazu missbrauchen, Bedingungen zu erzwingen, die nicht denjenigen des

Durchschnitt der verhängten Bussgelder pro Jahr und Unternehmen In Millionen Euro



Quelle: Schwarze et al. (2008).

Verbesserte Rechtssicherheit

Zur Steigerung der Standortqualität:

- ▶ Wettbewerb und Marktöffnung sind die zentralen Pfeiler der Marktwirtschaft. Faire Verfahren, Rechtssicherheit und bei der Sanktionsbemessung Orientierung am Verschuldensprinzip stärken den Standort Schweiz. Das Kartellgesetz ist in diesem Sinne zu revidieren.

«economiesuisse fordert bei kartellrechtlichen Verfahren verbesserte Rechtssicherheit und bei der Sanktionsbemessung eine stärkere Ausrichtung am Verschuldensprinzip.»

freien Wettbewerbs entsprechen. Vertraulichkeit und der Schutz des geistigen Eigentums sind auf jeden Fall zu gewährleisten, ebenso ein wirkungsvoller Rechtsschutz.

Importhindernisse beseitigen

economiesuisse setzt sich für die Beseitigung von Handelshemmnissen und für die Stärkung des Wettbewerbs ein. Die beschlossene Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips muss konsequent umgesetzt werden. Wichtig ist, dass Ausnahmen begrenzt und die erforderlichen Umsetzungsbestimmungen praxistauglich ausgestaltet werden. Sonst bleibt das Cassis-de-Dijon-Prinzip ein Papiertiger. Neuen Abgrenzungsbegehren muss entschlossen entgegengetreten werden, auch wenn sie aus vordergründig gut gemeinten Motiven erfolgen. Dies gilt etwa für zwingende Vorschriften für den Energieverbrauch von Maschinen.

Marke «Schweiz» praxistauglich und ohne Abschottung schützen

Der Schutz der Bezeichnung «Schweiz» und des Schweizerkreuzes sind im Interesse unseres Produktionsstandorts und werden von der Schweizer Wirtschaft unterstützt. Die vom Bundesrat verabschiedete Swissness-Vorlage verschärft die Regelungen gegen den Missbrauch der Herkunftsbezeichnung «Schweiz». Um den Bedürfnissen der einzelnen Branchen Rechnung zu tragen, muss die Vorlage jedoch in we-

sentlichen Punkten wirtschaftsfreundlicher, flexibler und praxistauglicher ausgestaltet werden. Der Schutz darf nicht als Deckmantel für eine verfehlte Abschottung missbraucht werden.

Wettbewerbsorientierte Reformen in der Gesundheitspolitik

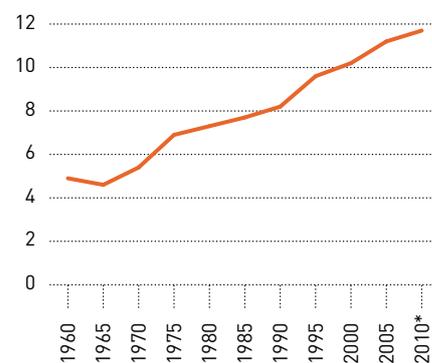
Der Gesundheitsbereich beträgt inzwischen fast 60 Milliarden Franken oder elf Prozent des Bruttoinlandprodukts. Damit ist der Gesundheitsbereich ein massgeblicher Standortfaktor für die Wirtschaft (vgl. Grafik).

Die Kosten- und Prämienentwicklung in der obligatorischen Krankenversicherung veranlasste den Bundesrat, ein dringliches Massnahmenpaket zur Krankenversicherung vorzulegen. Das Paket zur Kosteneindämmung wurde in den Räten zerpfückt. Von den sieben vorgeschlagenen Massnahmen überlebte lediglich die fragwürdige Kompetenz des Bundesrats zur Senkung der Tarife bei überdurchschnittlicher Kostensteigerung.

Einmal mehr wurde die Gelegenheit verpasst, echte Reformen in Angriff zu nehmen. Mit einer erhöhten Qualitätstransparenz könnte ein Leistungswettbewerb installiert werden. Auf diese Weise läge der Fokus auf dem Behandlungsergebnis und nicht einseitig auf den Kosten. Ohne eine solche grundlegende Neuausrichtung des schweizerischen Gesundheitswesens bewirken viele Reformen lediglich Kostenverlagerungen.

«economiesuisse lehnt die Vorlage zum Präventionsgesetz ab und verlangt eine umfassende Neugestaltung.»

Anteil der Gesundheitskosten in Prozent am Bruttoinlandprodukt



* Schätzung economiesuisse

Quelle: OECED.

Ende September 2009 veröffentlichte der Bundesrat seine Botschaft zum neuen Präventionsgesetz. Trotz geschlossenem Widerstand der Wirtschaft befürwortet die Landesregierung die Gründung eines neuen staatlichen Präventionsinstituts. economiesuisse lehnt die Vorlage ab und verlangt eine umfassende Neugestaltung des Präventionsgesetzes.

Reformen und Innovationen

Zur Steigerung der Standortqualität:

- ▶ Staatliche Lösungen wie ein zentrales Präventionsinstitut werden diesem dynamischen Sektor nicht gerecht. Einzig wettbewerbsorientierte Reformen, die private Initiativen fördern und Raum für neue Entwicklungen offen lassen, sind nachhaltig. Damit kann das Gesundheitswesen langfristig prosperieren und einen massgeblichen Beitrag zur Standortattraktivität der Schweiz leisten.

Die Flexibilität des heutigen Unternehmensrechts ist ein wichtiger Standortvorteil der Schweiz. Bei regulatorischen Reformen sind die unternehmerischen Freiräume zu wahren.

Aktienrecht und Salärregulierung

Unter dem Druck der Initiative «gegen die Abzockerei» (Minder-Initiative), die zu viele Vorschriften und Verbote für börsenkotierte Aktiengesellschaften in der Schweiz fordert, droht eine deutliche Verschlechterung des Schweizer Aktienrechts. Die Initiative weist Konstruktionsfehler auf, weil sie Aufgaben und Verantwortlichkeiten verwischt. Dies würde zu nachteiligen Effekten für Schweizer Unternehmen führen. Wie eine von economiesuisse in Auftrag gegebene Studie zu einem internationalen Rechtsvergleich aufzeigt, erhielte die Schweiz nach Annahme der Initiative eines der rigidesten Aktienrechte und würde zu einem internationalen Sonderfall. Damit würde die Schweiz sowohl ihrer Standortattraktivität als auch ihrer Volkswirtschaft erheblichen Schaden zufügen. Jeder sechste Franken wird in der Schweiz durch die von der Initiative erfassten börsenkotierten Unternehmen direkt erwirtschaftet. Zudem kommen sie für über 40 Prozent aller Unternehmenssteuern auf und beschäftigen direkt und indirekt rund 600 000 Arbeitskräfte.

economiesuisse anerkennt den Handlungsbedarf, lehnt aber die Minder-Initiative ab. Deren wesentliches, nicht bestrittenes Anliegen – die Stärkung der Aktionärsrechte – ist in einem wirtschaftsverträglichen Gegenvorschlag aufzunehmen. Zentral ist, dass die Flexibilität im Aktienrecht beibehalten wird. Dabei ist auch zu beachten, dass die Ende 2007 veröffentlichten Empfehlungen des «Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance» von economiesuisse inzwischen von zahlreichen grossen Publikumsgesellschaften befolgt werden. Zudem hat die schweizerische Finanzmarktaufsichtsbehörde (Finma) kürzlich klare Vorgaben zur Salärgestaltung in Finanzinstituten erlassen.

Systemstabilität und Sanierungsrecht

In der Folge der Finanzkrise werden weltweit Regulierungsvorschläge zur Stärkung der Systemstabilität diskutiert. In der Schweiz waren zwar nicht annähernd starke Stützungsaktionen für systemrelevante Unternehmen nötig wie im Ausland. Trotzdem stellt sich

«Die drohende Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Schweiz gilt es zu verhindern.»

auch hierzulande die Frage, ob und wie künftig staatliche Interventionen vermieden werden können. Dabei sind insbesondere auch sanierungs- und konkursrechtliche Aspekte zu prüfen. Generell sind sämtliche Lösungsansätze auf ihre Effektivität, Kosten und Nebenwirkungen – insbesondere für die Realwirtschaft – sowie auf die Vereinbarkeit mit dem internationalen Kontext zu prüfen. Ein Sonderfall Schweiz würde auch in diesem Bereich die Standortattraktivität unseres Landes gefährden.

Flexibles und konkurrenzfähiges Unternehmensrecht

Zur Steigerung der Standortqualität:

- ▶ Der Rechtsrahmen betrifft alle Unternehmen am Standort Schweiz direkt in all ihren Aktivitäten. Die Flexibilität des heutigen Unternehmensrechts ist deshalb ein Plus für den Standort Schweiz. Jedes Jahr verlegen neue Unternehmen ihren Sitz in die Schweiz. Darunter befinden sich auch global tätige Konzerne, die eine erhebliche volkswirtschaftliche Bedeutung für unser Land haben.
- ▶ Das regulatorische Umfeld der Schweiz muss deshalb sowohl für solche Grossunternehmen als auch für die kleinen und mittleren Unternehmen flexibel bleiben.



Marktöffnung mit klaren Rahmenbedingungen. Der Weg hin zu offenen Infrastrukturmärkten ist mit Nachdruck weiterzuverfolgen.



Dominique Reber

ist Mitglied der Geschäftsleitung und leitet den Bereich Infrastruktur, Energie/ Umwelt. In seiner Funktion vertritt er die Schweizer Wirtschaft in der Delegation des Bundes bei Klimaverhandlungen. Dominique Reber ist studierter Historiker und Romanist. Er verfügt zusätzlich über einen Abschluss in internationalem und europäischem Wirtschaftsrecht der Universität St. Gallen.

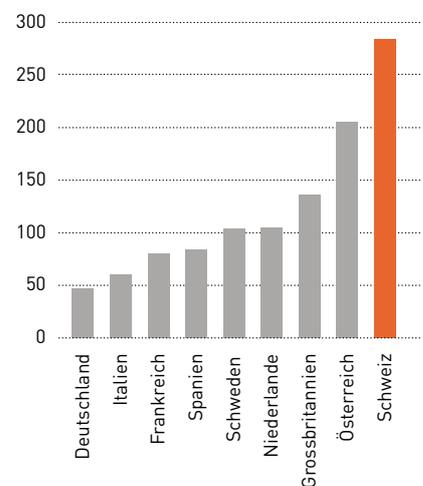
Die Schweiz braucht eine umfassende Konzeption zur Entwicklung der nationalen Infrastrukturen. Dabei geht es darum, langfristig zu denken und den Standort an der Weltspitze zu halten. Grundlage müssen die Versorgungssicherheit, die Innovation und die preisgerechte Leistung sein – Projekte sind künftig aufgrund objektiver volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Berechnung zu priorisieren und zu finanzieren.

Schiene: verursachergerechte Finanzierung notwendig

Die Prioritätensetzung beim Weiterausbau des Schienenverkehrs muss sich primär an der volks- und betriebswirtschaftlichen Rentabilität der einzelnen Projekte orientieren. Die Bahnpolitik muss entschlossener als bisher auf die Optimierung der vorhandenen Systeme und des Betriebs ausgerichtet werden. Dazu zählt die rasche Umsetzung der grundlegenden Trassenpreisreform. Ein langjähriges Anliegen von economiesuisse, das mittlerweile auch die Unterstützung des Bundesrats genießt. Wie in der Aufgabenüberprüfung angedacht, ist auch die Umstellung weiterer regionaler Bahnstrecken auf Busbetrieb ins Auge zu fassen. Generell ist die Bahnreform voranzutreiben und abzuschliessen, bevor neue Projekte (Bahn 2030) in Angriff genommen werden. Im Personenverkehr müssen die rechtlichen Lücken geschlossen werden, damit endlich auch dort Ausschreibungen, wie sie seit vielen Jahren im Gesetz vorgesehen sind, zum Standard werden.

Pro-Kopf-Investitionen in die Schieneninfrastruktur in ausgewählten europäischen Ländern, 2008

Angaben in Euro



Quellen: BMVBS (Deutschland), VöV (Schweiz), BMVIT (Österreich), alle anderen SCI Verkehr.

Bereits heute ist die Schweiz Weltmeister im Investieren – dennoch klaffen Löcher in der Finanzierung des Unterhalts. Mehr Transparenz ist dringend angezeigt.

«Die erfolgten Marktöffnungen sind sehr erfolgreich. Dieser Weg muss weitergeführt werden.»

Strasse: Beseitigung von Engpässen

Investitionen sind dort zu tätigen, wo der Nutzen am grössten ist. Dies betrifft vor allem die Agglomerationen. Der Einführung einseitiger fiskalischer Abschöpfungsinstrumente mit der Absicht der künstlichen Verknappung des Strassenraums ist entschieden entgegenzutreten. Road-Pricing-Versuche in der Schweiz würden ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen und kaum die gewünschten Wirkungen der Verkehrsentlastung entfalten. Auch für die Strasse soll der Grundsatz der verursachergerechten Finanzierung gelten. Bestrebungen nach zusätzlichen Quersubventionierungen der Schiene durch die Strasse wird *economiesuisse* deshalb entschlossen ablehnen.

Luft: Stärkung der Stellung der Landesflughäfen

Die von den Stimmberechtigten gutgeheissene Spezialfinanzierung Luftverkehr ist nun auf Gesetzesbasis umzusetzen. Die Schweiz soll sich nicht beim regionalen europäischen Emissionshandel beteiligen. Eine Einbindung in ein international anerkanntes System wäre zielführend.

Postpolitik: Marktöffnung vorantreiben

Während das Briefmonopol in Europa seit 2006 bei höchstens 50 Gramm liegt und die Europäische Union beschlossen hat, dieses Ende 2010 vollständig aufzuheben, gilt in der Schweiz unverändert ein Briefmonopol von 50 Gramm, was etwa 75 Prozent des Volumens an adressierten Briefen entspricht. Die Monopolsenkung auf 50 Gramm im Juli 2009 war ein Schritt in die richtige Richtung. Damit wird aber der gewünschte Wettbewerb im Briefmarkt nicht entstehen. *economiesuisse* setzt sich deshalb für die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen für die vollständige Briefmarktöffnung im Rahmen der parlamentarischen Behandlung der Totalrevision der Postgesetzgebung ein.

Telekommunikation: Stärkung des Wettbewerbs weiterführen

Die Öffnung des Telekommunikationsmarktes zeigt positive Wirkungen sowohl in Bezug auf Innovationen und Versorgungsqualität wie auch in Bezug auf die Preisentwicklung. Der spürbare steigende Wettbewerbsdruck wird Wirtschaft und Konsumenten 2010 weiter sinkende Preise bringen, zum Beispiel im Bereich der im internationalen Vergleich noch hohen Terminierungsgebühren in der Mobiltelefonie. *economiesuisse* unterstützt die Stärkung eines funktionierenden Wettbewerbs im Telekommunikationsmarkt und einen geordneten Rückzug des Staates aus dem Eigentum an der Swisscom.

Marktöffnungen und Public Private Partnerships

Zur Steigerung der Standortqualität:

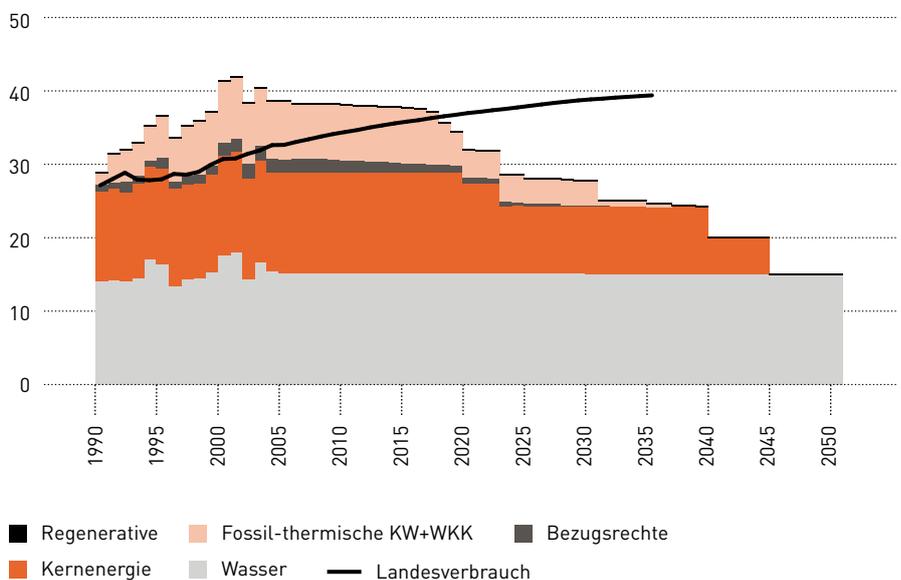
- ▶ Die Infrastrukturen in der Schweiz sind Teil der hohen Standortattraktivität. Die Anbindung an internationale Handelsströme sind dabei ebenso wichtig wie die landesweite Verfügbarkeit guter und preiswerter Transport- und Kommunikationsnetze. Der Standort Schweiz muss mit Ländern konkurrieren, die heute neue Infrastrukturen erstellen, und darf nicht ins Hintertreffen geraten.
- ▶ Planung und Priorisierung aufgrund betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Effizienz sind für eine erfolgreiche Infrastrukturpolitik massgebend.
- ▶ Für die Finanzierung gilt es wenn immer möglich, Public Private Partnerships aufzubauen.

Stromversorgung langfristig sichern. Für die Schweizer Wirtschaft hat eine zuverlässige, umweltverträgliche und wirtschaftliche Energieversorgung weiterhin höchste Priorität.

Die Schweiz muss in den kommenden Jahren ihre Stromversorgung an die wachsende Nachfrage anpassen. Zur Vermeidung der drohenden Stromversorgungslücke müssen die Weichen rechtzeitig gestellt werden. Trotz grosser Anstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz und jährlich mehreren 100 Millionen Franken zur Förderung der erneuerbaren Energien ist der Ersatz und Zubau von Grosskraftwerken unumgänglich. Die Bewilligungsverfahren für den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke haben höchste Priorität. Die Schweiz kann sich nicht in kritischen Versorgungslagen während längerer Hitze- oder Kälteperioden auf Importe aus dem Ausland verlassen. Auch in der EU verknappt sich das Stromangebot in den nächsten Jahren immer mehr.

Ein grösseres Angebot an kostengünstigem Strom ist auch für die Funktionsfähigkeit des Strommarktes erforderlich. Mit der nun beginnenden Revision des Stromversorgungsgesetzes müssen die grössten Mängel der Regulierung behoben werden. Statt neue schweizerische Sonderregelungen hinzuzufügen, soll sich die Gesetzgebung an einem funktionierenden Regulie-

Perspektiven des Stromangebots des bestehenden Kraftwerksparks (ohne Neubau) bis 2050, in TWhel



Quelle: Prognos, Energieperspektiven 2007.

rungsrahmen orientieren. Eine anreizorientierte Regulierung, wie sie beispielsweise in Nordeuropa erfolgreich umgesetzt wird, sollte als Massstab dienen. Klar abzulehnen sind neue Vorschriften, die lediglich den Strom verteuern und die Administration aufblähen. Auch eine weitere Fiskalisierung des Produktionsfaktors Strom mittels Wasserzinsen und Subventionsmassnahmen muss verhindert werden. Die Vorteile der Marktöffnung müssen für die relevanten Akteure greifbar werden.

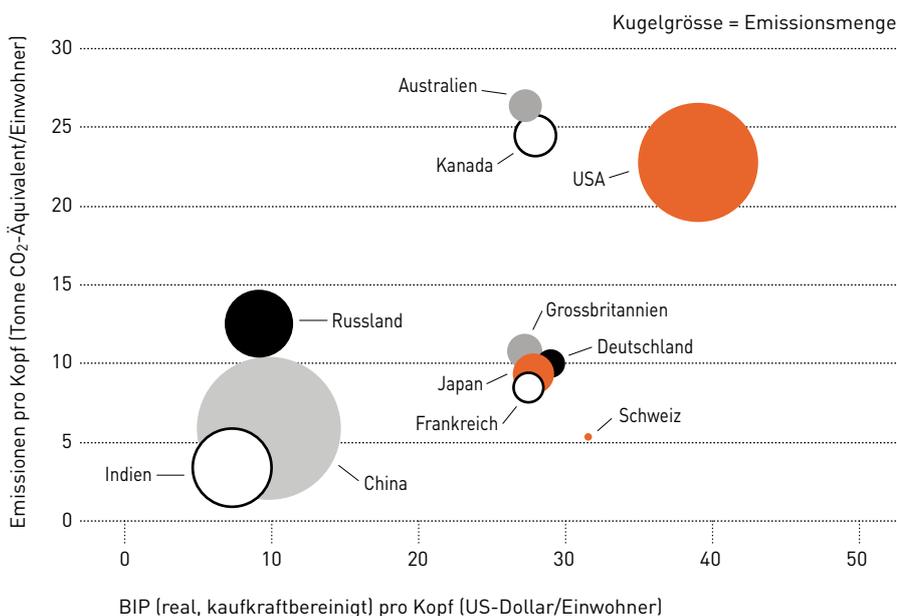
Bewährter Weg in der Klimapolitik weiterführen

Die Schweiz zählt mit ihren geringen Treibhausgasemissionen pro Einwohner und pro Wirtschaftsleistung zu den effizientesten und am wenigsten emissionsintensiven Industrieländern. Die

Massnahmen der Wirtschaft (Energie-Agentur der Wirtschaft [EnAW], Stiftung Klimarappen und Selbstverpflichtungen der Zementindustrie) haben massgeblich dazu beigetragen, dass die Schweiz als eines der wenigen Länder die Zielsetzungen des Kyoto-Protokolls erreichen wird. Die rund 2000 Unternehmen der EnAW haben ihre Ziele sogar jedes Jahr jeweils übertroffen. Der erfolgreiche Weg ist zukunftsweisend und soll fortgesetzt werden. Nach dem Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen im Dezember 2009 herrscht auf internationaler Ebene weiterhin keine klare Ausrichtung. Die Schweiz soll mitwirken, damit ein international verbindlicher und glaubwürdiger Rahmen geschaffen wird. Die Schweiz kann selbstbewusst auftreten und für sich in Anspruch nehmen, mit einer

«Die Schweiz wird künftig deutlich mehr preisgünstigen Strom benötigen, vor allem um den Verbrauch fossiler Energien zu reduzieren.»

Treibhausgasemissionen 2025



Quellen: WRI, UNFCCC.

einfachen Regulierung einen erfolgreichen und wirksamen Klimaschutz zu betreiben. Eine internationale Einbettung der schweizerischen Ziele und der dazu erforderlichen Instrumente ist entscheidend für den Erfolg. Durch ein klares Bekenntnis zu verbindlichen und erreichbaren Klimazielen wird die Schweiz auch weiterhin eine führende Rolle in der internationalen Gemeinschaft einnehmen. Dies gelingt erwiesenermassen am besten, wenn das selbstverantwortliche Handeln der Wirtschaft weiterhin belohnt und als Vorbild thematisiert wird. Staatlicher Interventionismus ist fehl am Platz.

Die Schweiz macht gute Fortschritte beim Klimaschutz und braucht den Vergleich nicht zu scheuen. Dennoch bleibt der Einfluss aufs Weltklima unbedeutend. Bedeutender sind die Technologien, die die Schweiz in anderen Ländern zur Emissionsreduktion anbieten kann.

Versorgungssicherheit erhalten

Zur Steigerung der Standortqualität:

- ▶ Erste Priorität muss die Versorgungssicherheit haben. Der Standort braucht eine möglichst unabhängige, kosteneffiziente und klimaschonende Energieversorgung. Dies wird mittelfristig nur mit leistungsfähigeren Grosskraftwerken möglich sein.
- ▶ Der Strommarkt muss in einem nächsten Schritt zum Vorteil des Wirtschaftsstandorts geeignete Rahmenbedingungen erhalten und wirksam geöffnet werden.
- ▶ Die erfolgreiche Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft in der Klimapolitik muss auch in Zukunft weitergeführt werden. Marktmechanismen und die internationale Ausrichtung im Klimaschutz werden in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen.

Erfolgreiche Abstimmungskampagnen. economiesuisse setzte sich auch 2009 aktiv für die Interessen der Wirtschaft bei den eidgenössischen Volksabstimmungen ein.



Cristina Gaggini

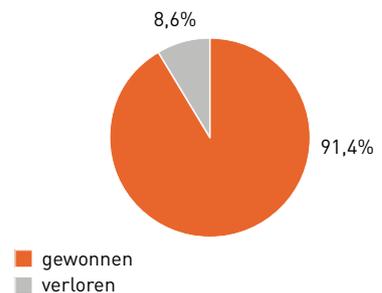
ist Mitglied der Geschäftsleitung und leitet das Büro von economiesuisse in der Romandie und im Tessin. Cristina Gaggini studierte Politikwissenschaften und ist eidg. dipl. PR-Beraterin. Sie ist Verwaltungsrätin bei der Schweizerischen Exportrisikoversicherung und unterrichtet Politische Kommunikation am Schweizerischen Public Relations Institut (SPRI).

economiesuisse führte erfolgreich drei Abstimmungskampagnen im Jahr 2009. Am 8. Februar 2009 bestätigte das Schweizer Stimmvolk erneut den bilateralen Weg mit der EU mit einem Ja zur Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Das Abkommen erleichtert den gegenseitigen Zugang zum Arbeitsmarkt und trägt massgeblich zu Wachstum und Wohlstand in der Schweiz bei. Das klare Nein der Stimmberechtigten am 29. November 2009 zur Exportverbotsinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) nahm economiesuisse mit Befriedigung zur Kenntnis. Eine Annahme hätte insbesondere der Maschinen- und Elektroindustrie schweren Schaden zugefügt. Ebenfalls am 29. November 2009 stimmten die Schweizerinnen und Schweizer Ja zur Spezialfinanzierung des Luftverkehrs. Dadurch werden Einnahmen aus der Kerosinsteuer inskünftig für Sicherheit und Umweltschutz im Luftverkehr eingesetzt.

Mit grossem Bedauern nahm economiesuisse das Nein zur Senkung des BVG-Mindestumwandlungssatzes am 7. März 2010 zur Kenntnis. Damit wurde der richtige Zeitpunkt verpasst, die 2. Säule auf ein solides Fundament zu stellen. Es gilt nun mit aller Kraft dafür zu sorgen, dass das bewährte und international anerkannte Drei-Säulen-System nicht leichtfertig gefährdet wird. Eine immer stärkere Umverteilung zu Lasten der Erwerbstätigen und der jungen Generation lehnt economiesuisse entschieden ab.

Mit Genugtuung nahm economiesuisse die Annahme der befristeten IV-Zusatzfinanzierung vom 27. September 2009 zur Kenntnis. Nun müssen Bundesrat und Parlament Wort halten und die ausgabenseitige Restsanierung der IV rasch vorantreiben. Die Annahme des

Bilanz der geführten Abstimmungskampagnen 1992 bis 2010



revidierten Ausweisgesetzes am 17. Mai 2009 (Einführung des biometrischen Passes) gewährleistet auch in Zukunft die für die Schweizer Wirtschaft wichtige Reisefreiheit.

Insgesamt lässt sich die Bilanz von economiesuisse bei Abstimmungskampagnen sehen. Seit 1992 sind über 90 Prozent der rund 70 geführten Kampagnen im Sinne der Wirtschaft ausgefallen. Auch wenn lediglich der Parolenspiegel betrachtet wird, sind auch den Standpunkten von economiesuisse eine grosse Mehrheit von Volk und Ständen immer wieder gefolgt: Von den seit 1992 115 gefassten Parolen sind 95 Abstimmungen im Interesse der Wirtschaft ausgefallen, was eine Erfolgsquote von über 80 Prozent ausmacht.

Tag der Wirtschaft

Der Tag der Wirtschaft vom 4. September 2009 stand im Zeichen des internationalen Standortwettbewerbs. Neben economiesuisse-Präsident Gerold Bühler und Bundespräsident Hans Rudolf Merz sprachen Peter Brabeck-Letmathe, Verwaltungsratspräsident von Nestlé, und Dr. Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), zu den rund 450 Gästen aus Wirtschaft und Politik.

economiesuisse vertritt als Spitzenorganisation der Schweizer Wirtschaft deren Interessen im politischen Prozess. Der Dachverband vereinigt 30 000 Schweizer Unternehmen aller Grössen, Sektoren und Sprachregionen.



Regina Ammann

Die ausgebildete Juristin mit einem Executive MBA in Unternehmensführung ist Mitglied der Geschäftsleitung und leitet den Bereich Bundeshausgeschäfte (inkl. Dokumentation) und ist Delegierte in Bern. Nebst breiter wirtschaftlicher Erfahrung aus Kunden- wie Stabsbereichen im Bankgeschäft verfügt sie als ehemaliges Grossrats- und Nationalratsmitglied auch über vertiefte Kenntnisse der Schweizer Politik. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit bilden die Koordination und Planung der politischen Kontakte und das Issues Monitoring und Management.

Zusammen beschäftigen die Mitglieder von economiesuisse 1,5 Millionen Personen in der Schweiz. Direktmitglieder von economiesuisse sind rund 100 Branchenverbände, 20 kantonale Handelskammern sowie einige Einzelunternehmen.

Der Hauptsitz von economiesuisse ist im Haus der Wirtschaft in Zürich. Ferner bestehen Büros in Bern, Genf, Lugano und Brüssel.

Die Vertretung von economiesuisse in Bern dient als Verbindungsstelle der Wirtschaft zur Politik. Im Zentrum der Arbeit steht die Sicherstellung des Informationsflusses zwischen Parlament, Verwaltung und Wirtschaft. Die Planung und Koordination der politischen Geschäfte, die Kontakte zu den Mitgliedern der eidgenössischen Räte wie zum Bundeshaus und die Sessionsberichterstattungen dienen dieser Zielerreichung.

Das Team von economiesuisse in Genf ist für die Kontaktpflege zu den Mitgliedern und den Wirtschaftsverbänden, zu Politikern auf Bundes- und Kantonebene sowie zur Presse und den elektronischen Medien in der Romandie verantwortlich. Das Genfer Team führt ausserdem die eidgenössischen Abstimmungskampagnen in der Westschweiz.

economiesuisse Lugano pflegt einen intensiven Informationsaustausch mit den Tessiner Wirtschafts- und Branchenverbänden, mit der kantonalen Verwaltung und der Kantonsregierung, mit den norditalienischen Wirtschaftsverbänden und der Schweizerischen Handelskammer in Mailand.

In Brüssel unterhält economiesuisse eine Vertretung, die auch die Präsenz des Schweizerischen Arbeitgeberverbands sicherstellt. Sie dient als Verbindungsstelle zum Europäischen Industrie- und Arbeitgeberverband Businesseurope, zu den Diensten der EU-Kommission, zur schweizerischen Mission bei der EU, zur EFTA sowie zu schweizerischen Wirtschaftsvertretern, die den Kontakt zu den Institutionen der EU suchen.

In eigener Sache

Im Jahr 2009 nahm economiesuisse vier neue Mitglieder auf: Philip Morris International (PMI), Sunrise Communications AG, Associazione Industrie Ticinesi (AITI) und vips, die Vereinigung der Pharmafirmen in der Schweiz. An der Mitgliederversammlung von economiesuisse am Tag der Wirtschaft wurden fünf neue Vertreter in den Vorstandsausschuss und elf Persönlichkeiten neu in den Vorstand gewählt. Tief betroffen nahm economiesuisse Kenntnis vom tragischen Tod des Vorstandsmitglieds Daniel Rüthemann, Vorsitzender der Geschäftsleitung der IBM Schweiz. Er verstarb kurz vor Weihnachten unerwartet im Alter von 50 Jahren.

Am 1. Oktober 2009 übernahm Dominique Reber die Leitung des neu geschaffenen Bereichs Infrastruktur, Energie/Umwelt und trat in die Geschäftsleitung von economiesuisse ein. Per 1. Januar 2010 wurde Regina Ammann in die Geschäftsleitung befördert. Im Frühling 2010 verlässt Urs Rellstab, Stv. Direktor und Leiter Kommunikation, nach über zehnjähriger Tätigkeit bei economiesuisse den Verband, um eine neue Herausforderung in der Privatwirtschaft anzunehmen. Seine Nachfolge war zum Zeitpunkt der Herausgabe des Jahrbuchs noch nicht bestimmt.

Organisation

Mitglieder

Industrie- und Handelskammern

Aargauische Industrie- und Handelskammer
Entfelderstrasse 11, Postfach, 5001 Aarau
www.aihk.ch

Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del cantone Ticino
Corso Elvezia 16, Casella postale, 6901 Lugano
www.cci.ch/ticino/index.html

Chambre de commerce et d'industrie du Jura
23, rue de l'Avenir, Case postale 274,
2800 Delémont 1
www.cci.ju.ch

Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève
4, boulevard du Théâtre, Case postale 5039,
1211 Genève 11
www.cci.geneve.ch

Chambre de commerce Fribourg
37, route du Jura, Case postale 304,
1701 Fribourg
www.cfcis.ch

Chambre neuchâteloise du commerce et de l'industrie
4, rue de la Serre, Case postale 2012,
2001 Neuchâtel
www.cnci.ch

Chambre valaisanne de commerce et d'industrie
6, rue Pré-Fleuri, Case postale 288, 1951 Sion
www.cci-valais.ch

Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie
47, avenue d'Ouchy, Case postale 315,
1001 Lausanne
www.cvcj.ch

Glarner Handelskammer
Spielhof 14a, 8750 Glarus
www.glhk.ch

Handels- und Industrieverein des Kantons Bern
Gutenbergstrasse 1, Postfach 5464, 3001 Bern
www.bern-cci.ch

Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz
Bahnhofstrasse 4, Postfach 762, 6431 Schwyz
www.h-i-sz.ch

Handelskammer beider Basel
Aeschenvorstadt 67, Postfach, 4010 Basel
www.hkbb.ch

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden
Hinterm Bach 40, 7002 Chur
www.hkgr.ch

Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur
Neumarkt 15, Postfach, 8401 Winterthur
www.haw.ch

Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell
Gallusstrasse 16, Postfach, 9001 St. Gallen
www.ihk.ch

Industrie- und Handelskammer Thurgau
Schmidstrasse 9, Postfach 396, 8570 Weinfelden
www.ihk-thurgau.ch

Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer
Altenbach 8, 9490 Vaduz
www.lihk.li

Solothurner Handelskammer
Grabackerstrasse 6, Postfach 1554,
4502 Solothurn
www.sohk.ch

Zentralschweizerische Handelskammer
Kapellplatz 2, Postfach 3142, 6002 Luzern
www.hkz.ch

Zürcher Handelskammer
Bleicherweg 5, Postfach 3058, 8022 Zürich
www.zurichcci.ch

Verbände

aerosuisse Schweiz. Dachverband der Luft- und Raumfahrt
Monbijoustrasse 14, Postfach 5236, 3001 Bern
www.aerosuisse.ch

AITI Associazione Industrie Ticinesi
Corso Elvezia 16, Casella postale 5130,
6901 Lugano
www.aiti.ch

ASCO Association of Management Consultants Switzerland
Weinbergstrasse 31, Postfach, 8006 Zürich
www.asco.ch

Association Patronale de l'Horlogerie et de la Microtechnique APHM
7, rue de la Gare, Case postale 16,
2501 Biel/Bienne

Association Suisse des Fabricants et Commerçants de Métaux Précieux
42, boulevard des Eplatures, Case postale,
2304 La Chaux-de-Fonds

asut Schweizerischer Verband der Telekommunikation
Klosterlistutz 8, 3013 Bern
www.asut.ch

Aussenwerbung Schweiz AWS
Bahnhöheweg 82, Postfach, 3018 Bern
www.aussenwerbung-schweiz.ch

auto-schweiz Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure
Mittelstrasse 32, Postfach 5232, 3001 Bern
www.auto-schweiz.ch

AVIA Vereinigung unabhängiger Schweizer Importeure von Erdölprodukten
Badenerstrasse 329, Postfach, 8040 Zürich
www.avia.ch

BISCOSUISSE Schweizerischer Verband der Backwaren- und Zuckerwaren-Industrie
Münzgraben 6, Postfach 259, 3000 Bern 7
www.biscosuisse.ch

cemsuisse Verband der Schweizerischen Cementindustrie
Marktgasse 53, 3011 Bern
www.cemsuisse.ch

CHOCOSUISSE Verband Schweizerischer Schokoladefabrikanten
Münzgraben 6, Postfach 1007, 3000 Bern 7
www.chocosuisse.ch

Dachverband Schweizerischer Müller
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.dsm-fms.ch

Dachverband Schweizerischer Spezialmühen
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Electrosuisse
Luppenstrasse 1, 8320 Fehraltorf
www.electrosuisse.ch

Erdöl-Vereinigung
Spitalgasse 5, 8001 Zürich
www.erdoel.ch

Expo-Event. Live Communication Verband Schweiz
Postfach 109, 8024 Zürich
www.expo-event.ch

FASMED Schweizerische Medizinaltechnik
Worbstrasse 52, Postfach 160, 3074 Muri b. Bern
www.fasmed.ch

Fédération de l'industrie horlogère suisse FH
6, rue de l'Argent, Case postale 560,
2501 Biel/Bienne
www.fhs.ch

Fédération des Entreprises Romandes Genève
98, rue de St-Jean, Case postale 5278,
1211 Genève 11
www.fer-ge.ch

hotelleriesuisse
Monbijoustrasse 130, Postfach, 3001 Bern
www.hotelleriesuisse.ch

IFPI Schweiz
Toblerstrasse 76a, 8044 Zürich
www.ifpi.ch

IGFV Geschäftsstelle Interessengemeinschaft Flexible Verpackungen
Tödistrasse 47, Postfach 1507, 8027 Zürich

Interessengemeinschaft Tee, Gewürze und verwandte Produkte
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

kmuNEXT Geschäftsstelle
Palmstrasse 19, 8400 Winterthur
www.kmunext.ch

Kunststoff Verband Schweiz (KVS)
Schachenallee 29 C, 5000 Aarau
www.kvs.ch

Privatkliniken Schweiz
Worbstrasse 52, Postfach 160, 3074 Muri b. Bern
www.privatehospitals.ch

Promarca Schweizerischer Markenartikelverband
Bahnhofplatz 1, 3011 Bern
www.promarca.ch

Schweizer Brauerei-Verband
Engimattstrasse 11, Postfach 2124, 8027 Zürich
www.bier.ch

Schweizer Casino Verband
Marktgasse 50, Postfach 593, 3000 Bern 7
www.switzerlandcasinos.ch

Schweizer Fleisch-Fachverband SFF
Steinwiesstrasse 59, Postfach, 8032 Zürich
www.carnasuisse.ch

Schweizer Werbung SW
Kappelerstrasse 14, Postfach 3021, 8022 Zürich
www.sw-ps.ch

Schweizerische Bankiervereinigung
Aeschenplatz 7, Postfach 4182, 4002 Basel
www.swissbanking.org

Schweizerische Normen-Vereinigung
Bürglistrasse 29, 8400 Winterthur
www.snv.ch

Schweizerischer Baumeisterverband
Weinbergstrasse 49, Postfach, 8042 Zürich
www.baumeister.ch

**Schweizerischer Energie-Konsumenten-
Verband von Industrie + Wirtschaft**
Freie Strasse 38/Pfluggässlein 2, Postfach 309,
4001 Basel

Schweizerischer Hefeverband
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

**Schweizerischer Kosmetik- und
Waschmittelverband**
Breitingerstrasse 35, Postfach 2138, 8027 Zürich
www.skw-cds.ch

Schweizerischer Leasingverband SLV
Rämistrasse 5, Postfach, 8024 Zürich
www.leasingverband.ch

Schweizerischer Obstverband
Baarerstrasse 88, Postfach 2559, 6302 Zug
www.swissfruit.ch

Schweizerischer Reisebüro-Verband
Etzelstrasse 42, Postfach, 8038 Zürich
www.srv.ch

Schweizerischer Versicherungsverband SVV
C. F. Meyer-Strasse 14, Postfach 4288,
8022 Zürich
www.svv.ch

Schweizerisches Verpackungsinstitut
Brückfeldstrasse 18, 3000 Bern 9
www.svi-verpackung.ch

SGCI Chemie Pharma Schweiz
Nordstrasse 15, Postfach, 8021 Zürich
www.sgci.ch

SIAA Swiss International Airports Association
P.O. Box, 8058 Zurich-Airport
www.siaa.ch

**SIBA Verband Schweizerischer
Versicherungsbroker**
Kreuzstrasse 42, 8008 Zürich
www.siba.ch

**simsa – swiss interactive media and software
association**
Seefeldstrasse 301, Postfach 1211, 8032 Zürich
www.simsa.ch

**SPEDLOGSWISS Verband schweizerischer
Speditions- und Logistikunternehmen**
Elisabethenstrasse 44, Postfach, 4002 Basel
www.spedlogswiss.com

SWICO
Technoparkstrasse 1, 8005 Zürich
www.swico.ch

Swiss Cigarette
Monbijoustrasse 14, Postfach 5236, 3001 Bern
www.swiss-cigarette.ch

Swiss Convenience Food Association
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.swissfoodind.ch

Swiss Engineering STV
Weinbergstrasse 41, 8006 Zürich
www.swissengineering.ch

Swiss Funds Association SFA
Dufourstrasse 49, Postfach, 4002 Basel
www.sfa.ch

Swiss Retail Federation
Marktgasse 50, Postfach 575, 3000 Bern 7
www.swiss-retail.ch

Swisscable Verband für Kommunikationsnetze
Kramgasse 5, Postfach 515, 3000 Bern 8
www.swisscable.ch

**SwissCham Verband Schweizerischer
Aussenwirtschaftskammern**
Wiesenstrasse 10, Postfach 1073, 8032 Zürich
www.swisscham.ch

swisselectric
Seilerstrasse 3, Postfach 7950, 3001 Bern
www.swisselectric.ch

**SwissHoldings Verband der Industrie- und
Dienstleistungskonzerne der Schweiz**
Nägelligasse 13, Postfach 402, 3000 Bern 7
www.swissholdings.ch

Swissmem
Kirchenweg 4, Postfach, 8032 Zürich
www.swissmem.ch

SwissOlio
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

**SwissPasta Vereinigung der Schweizerischen
Teigwarenindustrie**
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

**TELESUISSE Verband der Schweizer
Regionalfernsehen**
Via Carona 6, 6815 Melide
www.telesuisse.ch

Treuhand-Kammer
Limmatquai 120, Postfach 1477, 8021 Zürich
www.treuhand-kammer.ch

TVS Textilverband Schweiz
Beethovenstrasse 20, Postfach 2900,
8022 Zürich
www.tvs.ch

Union des Industriels Valaisans
Case postale 2106, 1950 Sion 2

**usic Schweizerische Vereinigung Beratender
Ingenieurunternehmungen**
Aarberggasse 16/18, 3011 Bern
www.usic.ch

**VAP Verband Verlader Anschlussgeleise
Privatgüterwagen**
Postfach 31, 8142 Uitikon Waldegg
www.cargorail.ch

Verband der Schweizer Druckindustrie
Schosshaldenstrasse 20, 3006 Bern
www.druckindustrie.ch

Verband der Schweizerischen Gasindustrie
Grütlistrasse 44, Postfach, 8027 Zürich
www.erdgas.ch

**Verband der Schweizerischen
Schmelzkäseindustrie SESK**
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

**Verband der Schweizerischen Zellstoff-,
Papier- und Kartonindustrie**
Bergstrasse 110, Postfach, 8032 Zürich
www.zpk.ch

**Verband des Schweizerischen
Versandhandels VSV**
General Wille-Strasse 144, 8706 Meilen
www.vsv-versandhandel.ch

Verband Schweizer Presse
Konradstrasse 14, Postfach, 8021 Zürich
www.schweizerpresse.ch

**Verband Schweizerischer
Elektrizitätsunternehmen**
Hintere Bahnhofstrasse 10, Postfach,
5001 Aarau
www.vse.ch

**Verband Schweizerischer
Filialunternehmungen**
Frohburgstrasse 98, 8006 Zürich
www.vsf-schweiz.ch

**Verband Schweizerischer
Generalunternehmer VSGU**
Effingerstrasse 13, 3011 Bern
www.vsgu.ch

**Verband Schweizerischer
Glacé- & Eiscream-Fabrikanten**
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.swissfoodind.ch

**Verband Schweizerischer Hersteller von
Suppen und Saucen**
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Verband Schweizerischer Kantonalbanken
Wallstrasse 8, Postfach, 4002 Basel
www.vskb.ch

**Verband Schweizerischer Kreditbanken und
Finanzierungsinstitute**
Uraniastrasse 12, Postfach 3228, 8021 Zürich
www.vskf.org

**Verband Schweizerischer Lack- und
Farbenfabrikanten**
Rudolfstrasse 13, 8400 Winterthur
www.vslf.ch

**Verband Schweizerischer Mineralquellen und
Softdrink-Produzenten**
Engmattstrasse 11, Postfach 2124, 8027 Zürich
www.mineralwasser.ch

Verband Schweizerischer Privatschulen
Hotelgasse 1, Postfach 316, 3000 Bern 7
www.swiss-schools.ch

Verband Schweizerischer Stahlröhrenwerke
Rämistrasse 29, 8001 Zürich

**Verband Schweizerischer
Vermögensverwalter VSV**
Bahnhofstrasse 35, 8001 Zürich
www.vsv-asg.ch

**Verband Schweizerischer
Werbeagenturen VSW**
22, avenue Mon-Repos, Case postale 7203,
1002 Lausanne
www.vsw-assp.ch

Vereinigung der Privaten Aktiengesellschaften
St. Jakobs-Strasse 7, Postfach 2879, 4002 Basel
www.vpag.ch

**Vereinigung der Schweizerischen
Milchindustrie**
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6
www.milchindustrie.ch

Vereinigung Schweizerischer Glasfabriken
Schützenmattstrasse 266, Postfach,
8180 Bülach

**Vereinigung Schweizerischer Hersteller von
Diät- und Spezialnahrungen**
Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

**Vereinigung Schweizerischer Unternehmen
in Deutschland**
Gellertstrasse 18, 4052 Basel
www.vsud.ch

vips Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz
Baarerstrasse 2, Postfach 4856, 6304 Zug
www.vips.ch

**VISCOM Schweizerischer Verband für visuelle
Kommunikation**
Speichergasse 35, Postfach 678, 3000 Bern 7
www.viscom.ch

VSIG Handel Schweiz
Güterstrasse 78, Postfach 656, 4010 Basel
www.vsig.ch

Zuger Wirtschaftskammer
Gubelstrasse 11, 6300 Zug
www.zwk.ch

Einzelmitglieder und andere Organisationen

Accenture AG

Fraumünsterstrasse 16, Postfach, 8022 Zürich
www.accenture.ch

Adecco management & consulting SA

Sägereistrasse 10, Postfach, 8152 Glattbrugg
www.adecco.com

ALPIQ Holding AG

Bahnhofquai 12, 4601 Olten
www.alpiq.com

Axpo Holding AG

Parkstrasse 23, Postfach, 5401 Baden
www.axpo.ch

BIBUS Holding AG

Allmendstrasse 26, 8320 Fehraltorf
www.bibus.ch

BKW FMB Energie AG

Viktoriaplatz 2, Postfach, 3000 Bern 25
www.bkw-fmb.ch

Capital International SA

3, place des Bergues, 1201 Genève
www.capgroup.com

Centralschweizerische Kraftwerke AG

Hirschengraben 33, Postfach, 6002 Luzern
www.ckw.ch

Chemolio Holding AG

Seehofstrasse 6, 8008 Zürich

Chocoladefabriken Lindt & Sprüngli (Schweiz) AG

Seestrasse 204, 8802 Kilchberg ZH
www.lindt.com/switzerland

Clear Channel Plakanda GmbH

Beckenhofstrasse 6, 8006 Zürich
www.plakat.ch

Desco von Schulthess Holding AG

Brandschenkestrasse 2, 8001 Zürich
www.desco-group.com

DKSH Holding AG

Wiesenstrasse 8, Postfach 888, 8034 Zürich
www.dksh.com

eBay International AG

Helvetiastrasse 15/17, Postfach 133,
3000 Bern 6
www.ebay.com

F. Hoffmann-La Roche AG

Postfach, 4070 Basel
www.roche.com

Firmenich SA

7, rue de la Bergère, Case postale 148,
1217 Meyrin
www.firmenich.com

FREI connect

Radgasse 3, Postfach, 8021 Zürich
www.freiconnect.ch

Frutiger AG

Frutigenstrasse 37, Postfach 2160, 3601 Thun
www.frutiger.com

Galenica AG

Untermattweg 8, Postfach, 3001 Bern
www.galenica.ch

GE Money Bank

Bändliweg 20, 8048 Zürich
www.gemoney.ch

Givaudan Suisse SA

5, chemin de la Parfumerie, 1214 Vernier
www.givaudan.com

Hapimag

Neuhofstrasse 8, 6349 Baar
www.hapimag.com

IBM Schweiz AG

Vulkanstrasse 106, Postfach, 8010 Zürich
www.ibm.com

IKEA AG

Grüssenweg 15, 4133 Pratteln
www.ikea.com

Implenia Management SA

Industriestrasse 24, 8305 Dietlikon
www.implenia.com

Intel Semiconductor AG

Leutschenbachstrasse 95, 8050 Zürich
www.intel.com/ch

Kabelwerke Brugg AG Holding

Klosterzelgstrasse 28, 5201 Brugg AG
www.brugg.com

Kudelski Group

22, route de Genève, Case postale 134,
1033 Cheseaux-sur-Lausanne
www.nagra.com

McKinsey & Company, Inc. Switzerland

Hotelstrasse, Postfach, 8060 Zürich
www.mckinsey.ch

Microsoft Schweiz GmbH

Richtistrasse 3, 8304 Wallisellen
www.microsoft.com/switzerland

Möbel Pfister AG

Bernstrasse Ost 49, Postfach, 5034 Suhr
www.pfister.ch

Nestlé Suisse SA

10, rue d'Entre-Deux-Villes, Case postale 352,
1800 Vevey
www.nestle.ch

Novartis International AG

Postfach, 4002 Basel
www.novartis.com

Omya (Schweiz) AG

Baslerstrasse 42, Postfach 32, 4665 Oftringen
www.omya.com

Otto Beisheim Holding GmbH

Neuhofstrasse 4, 6340 Baar
www.beisheim.ch

Philip Morris International Management SA

50, avenue de Rhodanie, Case postale 1171,
1007 Lausanne
www.philipmorrisinternational.com

PricewaterhouseCoopers AG

Birchstrasse 160, Postfach, 8050 Zürich
www.pwc.ch

PubliGroupe S.A.

22, avenue Mon-Repos, Case postale 7203,
1002 Lausanne
www.publigroupe.com

Rätia Energie AG

Via da Clait 307, 7742 Poschiavo
www.repower.ch

Roland Berger AG Strategy Consultants

Neumünsterallee 12, 8008 Zürich
www.rolandberger.ch

Schubarth + Co AG

Lange Gasse 90, Postfach, 4002 Basel
www.schubarth.ch

SIX Exchange AG

Selnaustrasse 30, Postfach 1758, 8021 Zürich
www.six-group.ch

Société Générale de Surveillance SA

1, place des Alpes, Case postale 2152,
1211 Genève 1
www.sgs.com

Sunrise Communications AG

Hagenholzstrasse 20/22, 8050 Zürich
www.sunrise.ch

Swiss International Air Lines Ltd.

Postfach, 4002 Basel
www.swiss.com

Swisscom AG

Postfach, 3050 Bern
www.swisscom.ch

Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich

Walchestrasse 19, Postfach, 8090 Zürich
www.awa.zh.ch

Stand: März 2010

Vorstandsausschuss



Gerold Bühler (Mitte)
Präsident
Schaffhausen

Patrick Odier (links)
Vizepräsident
Lombard Odier Darier Hentsch & Cie.,
Genève

Johann N. Schneider-Ammann (rechts)
Vizepräsident
Ammann Schweiz AG, Langenthal



Rolf Dörig
Quästor
Swiss Life AG, Zürich



Anton Scherrer
Swisscom AG, Bern



Hans-Ulrich Doerig
Credit Suisse Group AG, Zürich



Hans E. Schweickardt
ALPIQ Holding SA, Neuchâtel



Hans Hess
Hanesco AG, Pfäffikon SZ



Rolf Soiron
Holcim Ltd., Zürich



Werner Hug
Hug AG, Malters



Rudolf Stämpfli
Stämpfli AG, Bern



Christoph Mäder
Syngenta International AG, Basel



Olivier Steimer
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne



Hanspeter Rentsch
The Swatch Group Ltd., Biel/Bienne



Christoph Tobler
Sefar Holding AG, Thal



Bernard Rüeger
Rüeger S.A., Crissier



Thomas Wellauer
Novartis International AG, Basel

Vorstand



Hans-Peter Aebi
Waega-Group AG, Zürich



Willy Balmer
V-ZUG AG, Zug



Christoph Brand
Sunrise Communications AG, Zürich



Guglielmo L. Brentel
H&G Hotel Gast AG, Altendorf



Ph. Olivier Burger
PKZ Burger-Kehl & Co. AG, Zürich



Christian Casal
McKinsey & Company, Inc. Switzerland,
Zürich



Aleardo Cattaneo
Ferriere Cattaneo SA, Giubiasco



Hans-Peter Domanig
Verband Schweizerischer General-
unternehmer, VSGU, Zürich



Marco Fischer-Stocker
bc media AG, Arlesheim



Walter Frey
Emil Frey AG, Zürich



Ständerat Bruno Frick
Swiss Retail Federation, Bern



David P. Frick
Nestlé S.A., Vevey



Ronald Ganz
Erdöl-Vereinigung, Zürich



Frédéric Geissbühler
Chambre Neuchâteloise du commerce
et de l'industrie, Neuchâtel



Max Theodor Herzig
Carl Spaeter AG, Basel



Martin Huber
Georg Fischer AG, Schaffhausen



Rudolf Hug
HT-Holding AG, Baden-Dättwil



Thomas Isler
Gessner Holding AG, Wädenswil



Heinz Karrer
AXPO Holding AG, Baden



Albert Kaufmann
Richemont International SA,
Bellevue – Genève



Gottlieb A. Keller
F. Hoffmann-La Roche AG, Basel



Nationalrat Werner Messmer
Schweizerischer
Baumeisterverband, Zürich



Daniel Knecht
Knecht Brugg Holding AG, Brugg AG



Markus R. Neuhaus
PricewaterhouseCoopers AG, Zürich



André Kudelski
Kudelski Group,
Cheseaux-sur-Lausanne



Peter Quadri
Zürcher Handelskammer, Zürich



Paul Kurrus
Swiss International
Airlines AG, Basel



Alain Robert
UBS AG, Zürich



Giovanni Lamarca
JT International AG Dagmersellen,
Dagmersellen



Hans-Peter Rohner
PubliGroupe S.A., Lausanne



Hajo Leutenegger
Verband der Schweizerischen
Gasindustrie, Zürich



Kurt Rohrbach
BKW FMB Energie AG, Bern



Ulrich Jakob Looser
Accenture AG, Zürich



Frank Ruepp
Perlen Papier AG, Perlen



Niklaus J. Lüthi
Lüthi Holding AG, Burgdorf



Huub Savelkouls
Philip Morris International, Lausanne



Blaise Matthey
Fédération des Entreprises Romandes
Genève, Genève



Rolf G. Schmid
Mammut Sports Group AG, Seon



Didier Maus
Maus Frères SA, Genève



Martin Scholl
Zürcher Kantonalbank, Zürich

Vorstand



Ständerat Rolf Schweiger
Foederation der Schweizerischen
Nahrungsmittel-Industrien (fiel)



Thomas Staehelin
Handelskammer
beider Basel, Basel



Jasmin Staiblin
ABB Schweiz AG, Baden



Franziska Tschudi
Wicor Holding AG, Rapperswil



Rudolf Wehrli
Clariant AG, Muttenz



Dieter Wemmer
Zurich Financial Services, Zürich



Kaspar E. A. Wenger
Holcim (Schweiz) AG, Zürich



Jost Wirz
Wirz Partner Holding AG, Zürich



Jörg Wolle
DKSH Holding AG, Zürich

Stand: März 2010

Permanente Kommissionen

Die Kommissionsvorsitzenden



Rudolf Wehrli
Aussenwirtschaft



Hanspeter Rentsch
Infrastruktur



Andreas Steiner
Bildung und Forschung



David Frick
Recht



Rudolf Hug
Energie und Umwelt



Ulrich Jakob Looser
Wettbewerb



Thomas Staehelin
Finanzen und Steuern

Stand: März 2010

Geschäftsführerausschuss



Pascal Gentinetta
Vorsitz
economiesuisse



Claudine Amstein
Chambre vaudoise du commerce
et de l'industrie



Lucius Dürr
Schweizerischer
Versicherungsverband



Peter Baumgartner
SwissHoldings



Kaspar Engeli
VSI&G Handel Schweiz



Lukas Briner
Zürcher Handelskammer



Max Fritz
Verband der Schweiz. Zellstoff-,
Papier- und Kartonindustrie (ZPK)



Andreas Burckhardt
Handelskammer beider Basel



Rolf Hartl
Erdöl-Vereinigung



Thomas Daum
(Gast)
Schweizerischer Arbeitgeberverband



Christoph Juen
hotelleriesuisse



Peter Dietrich
Swissmem



Vania Kohli
asut



Daniel Lehmann
Schweizerischer Baumeisterverband



Sandro Salvetti
Swiss Retail Federation



Beat Moser
SGCI Chemie Pharma Schweiz



Franz U. Schmid
Foederation der Schweizerischen
Nahrungsmittel-Industrien (fiat)



Jean-Daniel Pasche
Fédération de l'industrie
horlogère suisse FH



Thomas Schweizer
TVS Textilverband Schweiz



Vincent Riesen
Chambre Valaisanne de
Commerce et d'industrie



Kurt Weigelt
Industrie- und Handelskammer
St.Gallen-Appenzell



Urs Roth
Schweizerische Bankiervereinigung

Stand: März 2010



Von links nach rechts: Regina Ammann, Dominique Reber, Rudolf Minsch, Jan Atteslander, Pascal Gentina, Thomas Pletscher, Cristina Gaggini, Christoph Schaltegger.

Die Geschäftsleitung von economiesuisse setzt sich wie folgt zusammen:

Pascal Gentina

Vorsitzender der Geschäftsleitung

Regina Ammann

Bundeshausgeschäfte

Jan Atteslander

Aussenwirtschaft

Cristina Gaggini

Romandie, Tessin

Rudolf Minsch

Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bildung

Thomas Pletscher

Wettbewerb, Regulatorisches

Dominique Reber

Infrastruktur, Energie/Umwelt

Christoph Schaltegger

Finanzen, Steuern

Geschäftsstellen

Zürich

Leitung: **Pascal Gentinetta**

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47
Postfach
CH-8032 Zürich
Telefon: +41 44 421 35 35
Telefax: +41 44 421 34 34
E-Mail: info@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch/web/de

Bern

Leitung: **Regina Ammann**

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Spitalgasse 4
Postfach
CH-3001 Bern
Telefon: +41 31 311 62 96
Telefax: +41 31 312 53 50
E-Mail: bern@economiesuisse.ch

Genf

Leitung: **Cristina Gaggini**

economiesuisse
Fédération des entreprises suisses
Carrefour de Rive 1
Case postale 3684
CH-1211 Genève 3
Telefon: +41 22 786 66 81
Telefax: +41 22 786 64 50
E-Mail: geneve@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch/web/fr

Lugano

Koordination: **Angelo Geninazzi**

economiesuisse
Federazione delle imprese svizzere
Corso Elvezia 16
Casella postale 5563
CH-6901 Lugano
Telefon: +41 91 922 82 12
Telefax: +41 91 923 81 68
E-Mail: lugano@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch/web/it

Brüssel

Leitung: **François Baur**

economiesuisse
Swiss Business Federation
Avenue de Cortenbergh 168
B-1000 Bruxelles
Telefon: +32 2 280 08 44
Telefax: +32 2 280 06 99
E-Mail: bruxelles@economiesuisse.ch

Nationale und internationale Kontakte

Energie-Agentur der Wirtschaft

Die Aufgabe der EnAW ist es, Unternehmen bei der Umsetzung ihrer klima- und energiepolitischen Ziele zu unterstützen und die in diesem Bereich geltenden Gesetze (CO₂-Gesetz, Energiegesetz, kantonale Bestimmungen) möglichst effizient und wirkungsvoll umzusetzen. Schweizweit arbeiten heute über 1950 Unternehmen mit der EnAW daran, ihre auf freiwilliger Basis gesteckten Klimaschutz- und Energiesparziele zu erreichen. 2009 haben sich 60 neue Betriebe, vorwiegend aus dem KMU-Bereich, der EnAW angeschlossen. Im Grundsatz verfügt jede teilnehmende Firma über bedürfnisgerechte und individuell abgeschlossene Zielvereinbarungen mit der EnAW. Im Falle einer Befreiung von der CO₂-Abgabe werden diese vom Bund geprüft und auditiert. Die in der EnAW aktiven Firmen emittieren zusammen rund 3,5 Millionen Tonnen CO₂. Das heisst, dass im Brennstoffbereich knapp 40 Prozent der durch die Wirtschaft verursachten CO₂-Emissionen durch Zielvereinbarungen abgedeckt sind.

Unternehmen: Leistungsträger bei der CO₂-Reduktion

Die CO₂-Reduktionen und Energiesparmassnahmen der EnAW-Teilnehmer sind beachtlich. Allein im Jahr 2008 sind rund eine Million Tonnen CO₂ eingespart worden und der Energieverbrauch wurde um rund 4,6 Millionen MWh reduziert. Zum Vergleich: Die Stadt Bern verbrauchte 2003 3,7 Millionen MWh. In relativen Zahlen heisst das: Die Firmen haben bei der CO₂-Intensität bereits einen Wert von 75,1 Prozent erreicht und liegen damit deutlich unter dem Sollwert für 2008 (83 Prozent). Auch bei der Energieeffizienz aller Energieträger wurde das Soll (110 Prozent) um fünf Prozent übertroffen. Dank diesem Erfolg konnten 2009 wieder 123 Betriebe CO₂-Emissionsreduktionen im Rahmen der zweiten und letzten Auktion der Stiftung Klimarappen anbieten. Insgesamt konnten 2009 in der EnAW aktive Unternehmen rund 300 000 Tonnen von im Inland erbrachten Emissionsreduktionen als Kompensationsmassnahmen an den Transportsektor verkaufen.

Bewährter Grundsatz der Freiwilligkeit

Der Grundsatz der Freiwilligkeit, wie es das CO₂-Gesetz aus dem Jahre 1999 vorsieht, und dessen Umsetzung durch die EnAW setzen bei den Unternehmen die richtigen Anreize für Klimaschutz und Energieeffizienz. Die Resultate der letzten Jahre zeigen das: Unter Wahrung der Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft leisten die Unternehmen heute einen Bärenanteil, wenn es darum geht, CO₂-Emissionen einzudämmen.

www.enaw.ch

Businesseuropa

Der Europäische Dachverband der Wirtschaft, Businesseuropa, vertritt die Interessen von rund 40 Industrie- und Arbeitgeberverbänden aus über 30 europäischen Ländern. *economiesuisse* und der Schweizerische Arbeitgeberverband sind beide Vollmitglied. Businesseuropa gilt wegen seiner breiten Abstützung als die Stimme der Unternehmen in Europa. Er strebt in seiner Arbeit namentlich Reformen des Wirtschaftsrechts zugunsten von Wirtschaftswachstum, Marktintegration, Effizienz der öffentlichen Hand, Kampf gegen Protektionismus, eine nachhaltige Energiewirtschaft und Reformen der europäischen Sozialsysteme an.

www.businesseuropa.eu

ICC

Die 1919 gegründete International Chamber of Commerce (ICC) vertritt die Interessen der Privatwirtschaft auf weltweiter Ebene. Sie verfolgt und beeinflusst die Entwicklung der internationalen Reglementierungen, erarbeitet Selbstregulierungen zur Erleichterung der internationalen Handelsgeschäfte und veröffentlicht Praxispublikationen zu Handel und Investitionen. Mittels eigenständiger Institutionen wie dem Internationalen Schiedsgerichtshof, dem «Com-

mercial Crime Service» oder mittels Selbstregulierung (wie zum Beispiel den Incoterms) und zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen zu Praxisfragen vereinfacht ICC den Welthandel. 16 Kommissionen mit Experten aus allen Wirtschaftsbereichen arbeiten rund um den Globus für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen. Zu einem weiteren Schwerpunkt zählt die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. *economiesuisse* führt das Sekretariat des Schweizer Landesausschusses von ICC. ICC Switzerland führt auch das Sekretariat des Schweizer UN-Global-Compact-Netzwerkes und koordiniert die Beteiligung an der Sensibilisierungskampagne «Stop Piracy» gegen Warenfälschung.

www.icc-switzerland.ch

BIAC

Das Business and Industry Advisory Committee to the OECD (BIAC) vertritt die Interessen der Wirtschaft bei der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD). Das BIAC wurde 1962 gegründet und wird von den Dachverbänden der Wirtschaft und den Arbeitgeberorganisationen in allen OECD-Ländern getragen. Seitens der Schweiz sind *economiesuisse* und der Schweizerische Arbeitgeberverband Mitglieder.

Wie die ICC ist auch das BIAC eine für die Schweiz bedeutungsvolle Organisation. Die beiden Gremien bieten der Schweizer Wirtschaft wichtige Einflussmöglichkeiten auf internationaler Ebene. Gerade in Zeiten der zunehmenden Regulierung infolge der Finanzkrise sind diese Organe von Wichtigkeit, um der Stimme der Schweizer Wirtschaft Gehör zu verschaffen.

www.biac.org

Allgemeine Wirtschaftspolitik

Vernehmlassungen

Agrarreformen

Änderung des Gentechnikgesetzes zur Verlängerung des GVO-Moratoriums in der Landwirtschaft (Februar 2009)

Regionalpolitik

Keine Zuständigkeit des Bundes für den Zweitwohnungsbau (August 2009)

Agrarreformen

Änderung der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV, SR 915.51) (Dezember 2009)

Positionspapiere/Studien

Konjunktur, Wirtschaftspolitik

Studie Wirtschaftslage und Konjunkturprogramme: die Sicht der Stimmberechtigten

Dossierpolitik

Konjunktur

Weltweiter Wirtschaftsabschwung – V- oder L-Entwicklung?

Konjunktur, Wirtschaftspolitik

Finanzkrise: Ursachen und Chronologie der Ereignisse

Konjunktur, Wirtschaftspolitik

Finanzpolitik in Zeiten der Krise

Wirtschaftspolitik

Exportverbot vernichtet Tausende Arbeitsplätze

Medienmitteilungen

Konjunktur, Wirtschaftspolitik

Konjunkturstabilisierung nicht als Deckmantel missbrauchen (20. Januar 2009)

Konjunktur

Massvolle Konjunkturstabilisierung à la Suisse (11. Februar 2009)

Konjunktur, Wirtschaftspolitik

Trotz Konjunkturprogrammen finanzpolitische Vorsicht (26. Februar 2009)

Konjunktur, Wirtschaftspolitik

economiesuisse lehnt SGB-Massnahmenpaket zur Stützung der Konjunktur ab (17. März 2009)

Finanzmarkt, Steuerwettbewerb, Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsstandort Schweiz verteidigen – Interessen von Werk-, Dienstleistungs- und Finanzplatz wahren (31. März 2009)

Wirtschaftspolitik

Bewährte Wachstumspolitik statt kurzfristigem Aktionismus (6. April 2009)

Wirtschaftspolitik

Nein zur Verschärfung der Krise (5. Juni 2009)

Konjunktur

economiesuisse erwartet keinen raschen Aufschwung (15. Juni 2009)

Konjunktur

Pragmatisches drittes Konjunkturpaket (17. Juni 2009)

Konjunktur

Geringes Wachstum – Risiken bleiben (23. November 2009)

Medienkonferenzen

Jahresmedienkonferenz: Bewährte Wachstumspolitik statt kurzfristiger Aktionismus (6. April 2009)

Milliardenschwere Konjunkturprogramme gefährden Standortattraktivität (8. Juni 2009)

Tag der Wirtschaft im Zeichen des Standortwettbewerbs – Herausforderung an die Wirtschaftspolitik in wirtschaftlich schwierigen Zeiten (4. September 2009)

Geringes Wachstum – Risiken bleiben (23. November 2009)

Aussenwirtschaft

Vernehmlassungen

Zoll und Ursprung

Vernehmlassung zur Anpassung der Kriterien für die Bewilligungsverweigerung im Güterkontrollgesetz (Januar 2009)

Zoll und Ursprung

Stellungnahme Arrival Duty Free (September 2009)

Zoll und Ursprung

Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr sowie über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen (Oktober 2009)

Dossierpolitik

Personenfreizügigkeit

Personenfreizügigkeit: Abstimmung vom 8. Februar 2009

Europa, Globalisierung, Personenfreizügigkeit

Mehr Sicherheit und Reisefreiheit dank biometrischer Pässe

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, Europa

Güterverkehr: Keine neuen Hindernisse im Handel mit der EU

Agrarreformen, Europa

Agrarfreihandelsabkommen mit der EU

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Minarett-Initiative: antiliberal und schädlich

WTO

WTO: Fundament einer erfolgreichen Aussenwirtschaftspolitik

Medienmitteilungen

Personenfreizügigkeit

Wirtschaft kämpft geschlossen für die Bilateralen – Aufgabe der Bilateralen: ein Eigengol für Wirtschaft, Gewerbe und Bauern (7. Januar 2009)

Zoll und Ursprung

Effiziente Exportkontrollen auch in Zukunft – economiesuisse lehnt Anpassung des Güterkontrollgesetzes ab (29. Januar 2009)

Personenfreizügigkeit

Bilateraler Weg erneut bestätigt – economiesuisse zur Annahme der Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit (8. Februar 2009)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Verbesserter Marktzugang in wirtschaftlich schwierigen Zeiten (19. Februar 2009)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Schweiz-China: Starkes Signal zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen (26. Februar 2009)

Exportpolitik

Arbeitsplätze nicht mutwillig vernichten – economiesuisse begrüsst die Ablehnung der GSoA-Initiative durch den Nationalrat (12. März 2009)

Zoll und Ursprung

Keine neuen Hindernisse an der Grenze zur EU – economiesuisse begrüsst Einigung über die «24-Stunden-Regel» (24. März 2009)

Zoll und Ursprung

Güterverkehrsabkommen verhindert Handelshemmnisse (13. Mai 2009)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, Globalisierung

Reisefreiheit bleibt gewährleistet (17. Mai 2009)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Schweiz-Russland: Klares Signal zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen (21. September 2009)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Minarett-Initiative ist antiliberal und schädlich (19. Oktober 2009)

Exportpolitik

Trotz Krise – GSoA will 10 000 Arbeitsplätze vernichten (29. Oktober 2009)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Minarett-Initiative schadet dem Ruf der Schweiz (2. November 2009)

Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Aktiv den Dialog suchen (29. November 2009)

Exportpolitik

Klares Nein zu Exportverboten (29. November 2009)

WTO

Exportland Schweiz ist auf eine starke WTO angewiesen (30. November 2009)

Medienkonferenzen

«Wirtschaft kämpft geschlossen für die Bilateralen» (7. Januar 2009)

Trotz Krise – GSoA will 10 000 Arbeitsplätze vernichten (29. Oktober 2009)

Minarett-Initiative schadet dem Ruf der Schweiz (2. November 2009)

Steuern

Vernehmlassungen

Besteuerung Privatpersonen
Steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern – Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage (April 2009)

Positionspapiere/Studien

Steuerwettbewerb
Resolution zur Verteidigung von Schweizer Standortinteressen

Steuerwettbewerb
Braucht die Schweiz eine materielle Steuerharmonisierung?

Besteuerung Unternehmen
«Total Tax Contribution»: Wie viel Steuern zahlen grosse Unternehmen in der Schweiz?

Dossierpolitik

Besteuerung Privatpersonen
Ausgleich der kalten Progression

Besteuerung Privatpersonen
Reform der Familienbesteuerung: neue Vernehmlassung

Mehrwertsteuer, Sozialstaat
IV: Von befristeten Mehreinnahmen zur nachhaltigen Sanierung

Mehrwertsteuer
Das neue Mehrwertsteuergesetz: einfacher, fairer, rechtssicherer

Medienmitteilungen

Besteuerung Unternehmen
Einigung bei der Vermögensteuer zwischen Wirtschaft und Verwaltung (20. Januar 2009)

Steuerwettbewerb
Wirtschaftsstandort Schweiz verteidigen – Interessen von Werk-, Dienstleistungs- und Finanzplatz wahren (31. März 2009)

Besteuerung Privatpersonen
Für eine steuerliche Entlastung der Familien mit Kindern (1. April 2009)

Mehrwertsteuer
Neue Mehrwertsteuer: einfach, rechtssicher, fair (10. Juni 2009)

Steuerwettbewerb
Steuererhöhungen sind die Konsequenz (11. August 2009)

Mehrwertsteuer, Sozialstaat
Gesunde Sozialwerke sind im Interesse der Wirtschaft – Ja zur befristeten IV-Zusatzfinanzierung (18. August 2009)

Mehrwertsteuer
Jetzt IV ausgabenseitig sanieren (27. September 2009)

Mehrwertsteuer
Breite Kreise der Wirtschaft fordern den Einheitssatz (14. Oktober 2009)

Mehrwertsteuer
Mehr Kaufkraft für alle (23. Oktober 2009)

Besteuerung Unternehmen
Grosse Unternehmen leisten enormen Steuerbeitrag (27. Oktober 2009)

Medienkonferenzen

Steuererhöhungen sind die Konsequenz (11. August 2009)

Grosse Unternehmen leisten enormen Steuerbeitrag (27. Oktober 2009)

Finanzen

Vernehmlassungen

Sozialstaat
Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung (Oktober 2009)

Sozialstaat
6. IV-Revision: erstes Massnahmenpaket (Oktober 2009)

Positionspapiere/Studien

Finanzmonitoring
Finanzmonitor 2009: konservative Finanzpolitik auch in Krisenzeiten

Öffentliche Finanzen, Schuldenbremse
Verschuldungsprobleme als Herausforderung nach der Krise

Dossierpolitik

Sozialstaat
Für einen fairen Umwandlungssatz

Mehrwertsteuer, Sozialstaat
IV: Von befristeten Mehreinnahmen zur nachhaltigen Sanierung

Medienmitteilungen

Öffentliche Finanzen
Aufgabenüberprüfung: Probleme lösen sich nicht von selbst (11. Februar 2009)

Geheimnis- und Datenschutz, Finanzmarkt
Rechtssicherheit zentral: economiesuisse zum problematischen Vorgehen bei der Einigung mit den US-Behörden (19. Februar 2009)

Geheimnis- und Datenschutz, Finanzmarkt
Bankkundengeheimnis: keine Aufgabe der Privatsphäre – Rechtsstaatliche Kooperation statt einseitiger Machtpolitik (6. März 2009)

Geheimnis- und Datenschutz, Finanzmarkt
Bankkundengeheimnis: Kooperation, aber international gleich lange Spiesse (13. März 2009)

Sozialstaat, Bildung
Ja zur IV-Zusatzfinanzierung/economiesuisse fordert Überarbeitung des Gesetzesentwurfs zur Hochschulförderung (29. Juni 2009)

Mehrwertsteuer, Sozialstaat
Gesunde Sozialwerke sind im Interesse der Wirtschaft – Ja zur befristeten IV-Zusatzfinanzierung (18. August 2009)

Finanzmonitoring
Konservative Finanzpolitik auch in Krisenzeiten (21. August 2009)

Öffentliche Finanzen, Schuldenbremse
Kompass in der Finanzpolitik neu ausrichten (24. November 2009)

Medienkonferenzen

Gesunde Sozialwerke sind im Interesse der Wirtschaft – Ja zur befristeten IV-Zusatzfinanzierung (18. August 2009)

Konservative Finanzpolitik auch in Krisenzeiten (21. August 2009)

Bildung

Vernehmlassungen

Bildung
Grundlagen für den Lehrplan 21 (Juni 2009)

Bildung
Erleichterte Zulassung und Integration von Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss (Oktober 2009)

Dossierpolitik

Bildung
Gymnasien reagieren auf ETH-Studie: Rankings in der Bildung wirken

Bildung
Hochschulförderungsgesetz: Entwurf erfüllt Ziele nicht

Forschung
Forschungsgesetz – Zeitgemässe Regelung der Innovationsförderung

Medienmitteilungen

Sozialstaat, Bildung
Ja zur IV-Zusatzfinanzierung/economiesuisse fordert Überarbeitung des Gesetzesentwurfs zur Hochschulförderung (29. Juni 2009)

Bildung
Gymnasien reagieren auf ETH-Studie: Rankings in der Bildung wirken (7. Juli 2009)

Wettbewerb

Vernehmlassungen

Wettbewerbsrecht
Buchpreisbindung (Februar 2009)

Cassis de Dijon
Verordnung über das Inverkehrbringen von nach ausländischen technischen Vorschriften hergestellten Produkten (Dezember 2009)

Positionspapiere/Studien

Kartellrecht, Wettbewerbsrecht
Studie: Unternehmen im Wettbewerb – Evaluation des Kartellgesetzes

Dossierpolitik

Kartellrecht, Wettbewerbsrecht
Unternehmen im Wettbewerb: Evaluation des Kartellgesetzes

Medienmitteilungen

Kartellrecht, Wettbewerbsrecht

economiesuisse mit eigener Evaluation zum Kartellgesetz (15. Januar 2009)

Kartellrecht

Klare Regeln für einen dynamischen Wettbewerb – economiesuisse präsentiert Evaluation des Kartellgesetzes (16. März 2009)

Gesundheitspolitik

Klares Nein zu «Zukunft mit Komplementärmedizin» (4. Mai 2009)

Medienkonferenzen

Klare Regeln für einen dynamischen Wettbewerb – economiesuisse präsentiert Evaluation des Kartellgesetzes (16. März 2009)

Regulatorisches

Vernehmlassungen

Gesellschaftsrecht

Vernehmlassung SchKG: Begrenzung des Konkursprivilegs für Arbeitnehmerforderungen (Januar 2009)

Gesellschaftsrecht

Teilrevision des Obligationenrechts (Schutz bei Meldung von Missständen am Arbeitsplatz) (März 2009)

Regulatorisches Umfeld

Vernehmlassung Totalrevision Raumplanungsgesetz (April 2009)

Regulatorisches Umfeld

Bedingter Rückzug einer Volksinitiative im Fall eines indirekten Gegenvorschlags (April 2009)

Gesellschaftsrecht, Informationsgesellschaft

Bundesgesetz über die Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDG) (April 2009)

Prozessrecht

Revision des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG): Sanierungsverfahren (Mai 2009)

Zivilrecht

Konsultation zum neuen UNO-Übereinkommen über das Seefrachtvertragsrecht (Mai 2009)

Informationsgesellschaft

Stellungnahme Vernehmlassung Cyberkriminalität (Juli 2009)

Zivilrecht

Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag (E-VVG) (Juli 2009)

Prozessrecht

Bundesgesetz über die Unternehmensjuristinnen und Unternehmensjuristen (Juli 2009)

Informationsgesellschaft

Schweiz/EU: Genehmigung des Notenaustausches betreffend dem Schutz personenbezogener Daten (August 2009)

Regulatorisches Umfeld, Finanzmarkt

FINMA-Rundschreiben «Vergütungssysteme» (August 2009)

Geheimnis- und Datenschutz

Vernehmlassungsantwort Elektronische Übermittlung (September 2009)

Gesundheitspolitik

Verordnung zum Schutz vor Passivrauchen (Passivrauchschutzverordnung, PRSV) (September 2009)

Konsumentenpolitik

Änderung des Bundesgesetzes über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Oktober 2009)

Informationsgesellschaft

Stellungnahme Teilrevision Radio- und Fernsehverordnung (Oktober 2009)

Zivilrecht

Bundesgesetz über die Teilrevision des Zivilgesetzbuches, des Obligationenrechts und der Zivilprozessordnung (Dezember 2009)

Regulatorisches Umfeld

Entwurf für ein Bundesgesetz über die Sicherung der Bankeinlagen (Dezember 2009)

Konsumentenpolitik

Verordnung über die Produktsicherheit (PrSV) (Dezember 2009)

Positionspapiere/Studien

Corporate Governance, Gesellschaftsrecht

Rechtsvergleichendes Gutachten zu Fragen der Managervergütung in börsennotierten Gesellschaften

Corporate Governance, Gesellschaftsrecht

Volkswirtschaftliche Bedeutung börsenkotierter Schweizer Aktiengesellschaften

Dossierpolitik

Corporate Governance, Gesellschaftsrecht

Corporate Governance und Entschädigungspolitik

Corporate Governance

Aktionäre stärken – aber wie?

Corporate Governance, Gesellschaftsrecht

Aktienrechtliche Vergütungsregeln im internationalen Vergleich

Corporate Governance, Gesellschaftsrecht

Bedeutung der börsenkotierten Schweizer Aktiengesellschaften

Medienmitteilungen

Geheimnis- und Datenschutz, Finanzmarkt

Rechtssicherheit zentral: economiesuisse zum problematischen Vorgehen bei der Einigung mit den US-Behörden (19. Februar 2009)

Geheimnis- und Datenschutz, Finanzmarkt

Bankkundengeheimnis: keine Aufgabe der Privatsphäre – Rechtsstaatliche Kooperation statt einseitiger Machtpolitik (6. März 2009)

Geheimnis- und Datenschutz, Finanzmarkt

Bankkundengeheimnis: Kooperation, aber international gleich lange Spiesse (13. März 2009)

Prozessrecht

Unternehmensjuristengesetz stärkt Standort Schweiz (31. Juli 2009)

Corporate Governance, Gesellschaftsrecht

Schweiz droht starke Überregulierung des Aktienrechts (18. November 2009)

Corporate Governance, Gesellschaftsrecht

Börsenkotierte Aktiengesellschaften als zentraler Pfeiler der Schweizer Volkswirtschaft (14. Dezember 2009)

Medienkonferenzen

Schweiz droht starke Überregulierung des Aktienrechts (18. November 2009)

Börsenkotierte Aktiengesellschaften als zentraler Pfeiler der Schweizer Volkswirtschaft (14. Dezember 2009)

Infrastruktur

Vernehmlassungen

Strassenverkehr

Via sicura (März 2009)

Strassenverkehr

Finanzierungsetappe 2011–2014 für das Programm Agglomerationsverkehr – Stellungnahme (April 2009)

Strassenverkehr

Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel (April 2009)

Schienerverkehr

Stellungnahme zur Teilrevision der Eisenbahn-Netz Zugangsverordnung (Mai 2009)

Telekommunikation

Stellungnahme zur Änderung der Ausführungsverordnungen zum FMG (Juni 2009)

Schienerverkehr

Revision der Erlasse über den öffentlichen Verkehr RöVE (Juli 2009)

Schienerverkehr

Zweiter Schritt der Bahnreform 2 (Oktober 2009)

Dossierpolitik

Strassenverkehr

Road Pricing: ungeeignet, teuer und kaum wirksam

Schienerverkehr, Strassenverkehr

Künftige Finanzierung von Strassen- und Schieneninfrastrukturen

Post

Totalrevision der Postgesetzgebung – nicht ohne Briefmarköffnung

Luftverkehr

Gleichbehandlung von Luftfahrt und Strassenverkehr

Medienmitteilungen

Post

Marktöffnung bringt Tarife unter Druck – economiesuisse zu den angekündigten Tarifsenkungsmassnahmen der Post (24. März 2009)

Strassenverkehr, Schienenverkehr

Verursachergerechtere Verkehrsfinanzierung statt Steuererhöhungen (1. April 2009)

Schienerverkehr

Wettbewerb im Alpen transit muss erhalten bleiben – zur Vorauswahl von Partnern für SBB-Cargo (2. April 2009)

Schienerverkehr

Sanierung SBB-Pensionskasse: Finanz- und wettbewerbspolitisch fragwürdig (24. Juni 2009)

Post

Postalische Grundversorgung glänzend finanziert – Tätigkeitsbericht der PostReg spricht für eine rasche Briefmarktöffnung (30. Juni 2009)

Post

economiesuisse fordert vollständige Briefmarktöffnung (17. August 2009)

Schieneverkehr

Bahnreform für eine stärkere Eisenbahn (14. Oktober 2009)

Wirtschaftspolitik, Infrastruktur

Neue Impulse in der Infrastrukturpolitik gefordert (3. November 2009)

Luftverkehr

Wirtschaft für starken Luftfahrtstandort (5. November 2009)

Post

Neue Postgesetzgebung – Kunden gehen leer aus (10. November 2009)

Luftverkehr

Bekanntnis zum Luftfahrtstandort Schweiz (29. November 2009)

Medienkonferenzen

Wirtschaft für starken Luftfahrtstandort (5. November 2009)

Energie/Umwelt

Vernehmlassungen

Energiepolitik, Umweltpolitik

Parlamentarische Initiative: Angemessene Wasserzinsen (UREK-S) (Januar 2009)

Energiepolitik

Revision Energiegesetz und Energieverordnung (Februar 2009)

Klima

Revision CO₂-Gesetz (März 2009)

Klima

Stellungnahme zur Änderung des CO₂-Gesetzes betreffs neu immatrikulierter Autos (Juni 2009)

Energieträger

Elektrische Hochspannungsleitungen – Kriterien für die Beurteilung von Kabel- und Freileitungsvarianten (Juli 2009)

Umweltpolitik

Umweltetiketten-Verordnung (September 2009)

Klima

Änderung der CO₂-Verordnung (November 2009)

Dossierpolitik

Umweltpolitik

Kopenhagen: Erfolgreiche Schweizer Klimapolitik weiterverfolgen

Medienmitteilungen

Klima

Wirksamer Klimaschutz ohne Experimente (17. März 2009)

Klima

Klimapolitisch auf dem richtigen Kurs – economiesuisse begrüsst grösstenteils den Bundesratsentscheid zum CO₂-Gesetz (6. Mai 2009)

Wirtschaftspolitik, Energiepolitik

Armin Eberle wird Geschäftsführer der EnAW (15. Mai 2009)

Klima

Dreifache CO₂-Abgabe: konjunkturpolitisch zur Unzeit (19. Juni 2009)

Klima

Realistisches Ziel – für Detailregelungen zu früh (26. August 2009)

Umweltpolitik

Wirtschaft fordert realistische Ziele und internationale Einbettung (4. Dezember 2009)

Medienmitteilungen economiesuisse intern

François Baur neuer Delegierter von economiesuisse in Brüssel (23. Januar 2009)

Christoph Schaltegger neuer Leiter Finanzen und Steuern (3. März 2009)

Philip Morris International und Sunrise neu Mitglieder von economiesuisse (31. März 2009)

Angelo Geninazzi neuer Koordinator von economiesuisse für die italienischsprachige Schweiz (2. April 2009)

Dominique Reber stösst zu economiesuisse (2. Juli 2009)

Vier neue Mitglieder am Tag der Wirtschaft – Die Mitgliederbasis von economiesuisse wächst auch 2009 weiter (3. September 2009)

«Schweiz stärken» – In schwierigerem Wirtschaftsumfeld auf bewährte Werte setzen (4. September 2009)

Tag der Wirtschaft im Zeichen des Standortwettbewerbs – Herausforderung an die Wirtschaftspolitik in wirtschaftlich schwierigen Zeiten (4. September 2009)

Sessionsberichte

Vorschau und Wochenberichte zu jeder Parlamentssession

Frühjahrsession

Debatte um den Bau von Minaretten, Postmarktöffnung, Aussenwirtschaftspolitik des Bundesrats, Teilrevision des FMG, Cassis-de-Dijon-Prinzip, Zweites Konjunkturunterstützungspaket, Verringerung des Systemrisikos, Volksinitiative Kriegsmaterial-Exportverbot, Vereinfachung der Mehrwertsteuer, Schuldenbremse, UNO-Übereinkommen gegen Korruption, Patentanwaltsgesetz, Patentgerichtsgesetz, Moratorium für einschneidende Sanierungsmaßnahmen bei Pensionskassen, Motion Anlagevorschriften für Pensionskassen, CO₂-Abgabe für Gebäudesanierungen, Energetische Gebäudesanierungen, Vereinfachung der Mehrwertsteuer

Sondersession April

Schutz und Nutzung der Gewässer, Optimierung der Bahnkapazitäten durch Revision der Trassenpreise, Kriterien zur Verkabelung von Hochspannungsleitungen, Entschädigungen für Fluglärmmissionen, Vereinfachter Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden, Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips, Produktsicherheitsgesetz, Ausgleich der Folgen der kalten Progression, Weiterführung der internationalen Währungshilfe

Sommersession

Teilrevision des Forschungsgesetzes, Förderung energetischer Gebäudesanierungen, Bilanzreserve für die Landwirtschaft, Übergangslösung beim Zulassungsstopp für Ärzte, Buchpreisbindung, IWF-Rahmenkredit, Sondersession zu kalter Progression, Ökologische Steuerreform, Finanzmarkt, Trassenpreissystem, PostFinance, Mehrwertsteuergesetz, 11. AHV-Revision, Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten, Volksinitiative Kriegsmaterial-Exportverbot, Cassis-de-Dijon-Prinzip, Freihandelsabkommen mit Japan, Arbeitslosenversicherungsgesetz: 4. Revision, Aktienrecht zwischen Handlungsfreiheit und Überregulierung, Teilrevision des CO₂-Gesetzes, Finanzierungslücke bei FinöV-Projekten, Steuerliche Anreize für Gebäudesanierungen

Herbstsession

Rumänien und Bulgarien, Forschungsgesetz, Güterkontrollgesetz, Fernmeldegesetz, Gesundheitswesen, Drittes Konjunkturpaket, Schutz und Nutzung der Gewässer, Volksinitiativen, Bilanzreserve für die Landwirtschaft, CO₂-Gesetzesrevision, Finanzierungslücke bei FinöV-Projekten, Pensionskassen, Zolleinnahmen für die Landwirtschaft, Flugtreibstoffbesteuerung, Neue Steuerabzüge für berufliche Aus- und Weiterbildungskosten, Freihandelsabkommen mit Kolumbien

Wintersession

Wasserzinsen, Gegenvorschlag zur Renaturierungsinitiative, «Faire Abstimmungskampagnen», Budget 2010, Steuergerechtigkeitsinitiative, Kostendämpfung im Gesundheitswesen, Umweltpolitik, Kopenhagen: Erfolgreiche Schweizer Klimapolitik weiterverfolgen, Kartellrecht, Gentech-Moratorium, Teilrevision des Energiegesetzes, Postmarktöffnung, Buchpreisbindung, Rechnungslegungsrecht, Ratifizierung der Durchführungsprotokolle zur Alpenkonvention, Postorganisationsgesetz

Newsletter

01/09

Möglichkeiten und Grenzen von Konjunkturprogrammen/Massvolle Konjunkturmassnahmen statt Wählergeschenke/Erneute Bestätigung des bilateralen Wegs

02/09

Schutz der Privatsphäre hochhalten!/Finanzpolitische Vorsicht trotz Konjunkturprogrammen/Im Klimaschutz das Richtige tun/Schweiz-China: Starkes Signal zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen

03/09

Bewährte Wachstumspolitik statt kurzfristiger Aktionismus/Stopp den Steuer- und Gebührenerhöhungen!/BVG-Umwandlungssatz senken – 2. Säule nachhaltig sichern

04/09

Schweizer Wirtschaftsinteressen wahren/Wirtschaft auf Reisefreiheit und Sicherheit angewiesen/Strompreise: Neuen Steuern einen Riegel schieben

05/09

Konjunkturprogramme gefährden Standortattraktivität/SKG-S hat sich bei 11. AHV-Revision verrechnet/Antizyklische Impulsprogramme im internationalen Vergleich/Reisefreiheit bleibt gewährleistet

06/09

Protektionismus: Gift für die Weltwirtschaft/Die Verdreifachung der CO₂-Abgabe ist derzeit fehl am Platz/Konjunktur: Unterschätzte Wirkung von automatischen Stabilisatoren/Berufliche Vorsorge: Kommende Generationen nicht zusätzlich belasten/Pragmatisches drittes Konjunkturpaket angesichts düsterer Konjunkturaussichten/Drohende Überregulierung im Aktienrecht

07/09

Tag der Wirtschaft im Zeichen des Standortwettbewerbs/Pandemie: Für Unternehmen ist Vorbereitung Pflicht/Defizite der IV gefährden die AHV/Vergütungssysteme: Internationale Abstimmung nötig!/Das neue Hochschulgesetz hat grosse Schwächen/Unternehmensjuristengesetz stärkt Standort Schweiz

08/09

Exportverbote vernichten Arbeitsplätze und gefährden unsere Sicherheit/Bundesfinanzen: Schuldenbremse gegen drohenden Absturz/Bundeshaushalt – Einnahmen sind nicht das Problem/Ja zum fairen Umwandlungssatz/Sachgerechte Stärkung des Luftverkehrs/SBB muss von der Last der Infrastruktur befreit werden

09/09

Verschuldung: Grosse Herausforderung nach Krise/Abstimmungen vom 29. November: 2x Nein, 1x Ja/Die Lebenserwartung steigt kontinuierlich/Kopenhagen: Real- und Klimapolitik driften auseinander/Breite Unterstützung für eine einfache Mehrwertsteuer/WTO: Länder der G-20 beim Wort nehmen

10/09

Nötiger Einsatz für den Standort Schweiz/2010: Geringes Wirtschaftswachstum – Risiken bleiben/Aktienrecht auf Schleuderkurs

Abstimmungskampagnen

Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU: Weiterführung des Abkommens und Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien (8. Februar 2009)

Biometrischer Pass und Reisefreiheit (17. Mai 2009)

Bundesbeschluss über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze (27. September 2009)

Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr (29. November 2009)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» (29. November 2009)

Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge (BVG) «Anpassung des Mindestumwandlungssatzes» (7. März 2010)

Agenda 2010

Anlässe der Wirtschaft

Aktuelle Wirtschaftsveranstaltungen unter
www.terminkalender.ch

Jahresmedienkonferenz economiesuisse

23. März 2010

Geschäftsführerkonferenz

5. März 2010

8. Juli 2010

1. Oktober 2010

Tag der Wirtschaft

3. September 2010

Sessionsdaten

Frühjahrsession

1. bis 19. März 2010

Sommersession

31. Mai bis 18. Juni 2010

Herbstsession

13. September bis 1. Oktober 2010

Wintersession

29. November bis 17. Dezember 2010

Abstimmungstermine

7. März 2010

26. September 2010

28. November 2010



Die Schweizer Wirtschaft in Zahlen

Staatsverschuldung 2009: 218454 Millionen Franken

Bund: 118889 Millionen Franken

Kantone: 58660 Millionen Franken

Gemeinden: 40908 Millionen Franken

BIP pro Kopf: 69183 Franken (Ende 2009)

Aussenhandelsquote: Exporte: 187,3 Milliarden Franken (34,8 Prozent des BIP)

Importe: 168,9 Milliarden Franken (31,4 Prozent des BIP)

Nettoerwerbsquote: 82,6 Prozent (15- bis 64-Jährige, 2. Quartal 2009)

Arbeitslosenquote: 3,7 Prozent (Jahresdurchschnitt 2009)

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47
Postfach
CH-8032 Zürich

economiesuisse
Fédération des entreprises suisses
Carrefour de Rive 1
Case postale 3684
CH-1211 Genève 3

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Spitalgasse 4
Postfach
CH-3001 Bern

economiesuisse
Federazione delle imprese svizzere
Corso Elvezia 16
Casella postale 5563
CH-6901 Lugano

economiesuisse
Swiss Business Federation
Avenue de Cortenbergh 168
B-1000 Bruxelles

www.economiesuisse.ch